



Solidarität hilft siegen!

ROTE HILFE

3 Jg. Nr. 3

April 1975

50 Pfennig

Heraus zum 1. Mai!

In diesem Jahr steht der 1. Mai im Zeichen gewaltiger Siege des indochinesischen Volkes. Die Siege sind ein begeisternder Beweis der Haupttendenz in der Welt, Revolution.

Der Imperialismus, besonders die Supermächte, sind weltweit angeschlagen und in der Defensive, die Völker befinden sich auf dem Vormarsch:

- das portugiesische Kolonialreich ist zusammengebrochen.
- das palästinensische Volk legt die Waffe nicht aus der Hand.

der Zusammenschluß der unterdrückten Völker ist zu einer großen Gefahr für die USA- und Sozialimperialisten geworden, denn ihre Herrschaft beruht auf der Ausbeutung und Ausplünderung dieser Völker.

Zyklische Krisen, Inflation und Rohstoffkrisen kennzeichnen die Situation der imperialistischen Länder, demgegenüber stehen die erstarkenden sozialistischen Länder, in denen die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beseitigt ist.

Solange Imperialismus und Sozialimperialismus existieren, wird es in dieser Welt keine Ruhe und keinen dauerhaften Frieden geben können. Entweder kommt es zwischen ihnen zum Krieg, im Wettstreit um Rohstoffquellen, Einflussphären und Absatzmärkten oder die Völker erheben sich zur Revolution und errichten nach der sozialistischen Revolution den Sozialismus.

Mit aller Macht versuchen die Imperialisten ihren Untergang zu verzögern. Sie versuchen die unterdrückten Klassen und Schichten zu spalten und ideologisch zu verwirren; dort wo es ihnen nicht gelingt greifen sie zu immer brutaleren Mitteln der Unterdrückung.

Die Arbeiterklasse in den imperialistischen

Ländern erfährt die Verfaultheit, den Parasitismus, die Korruption, die Überlebensfähigkeit des Imperialismus in besonderem Maße:

Arbeitslosigkeit, Lohnstopp, Preistreibe rei, verschärfte Arbeitshetze Rassenhetze, ungeheuer grosse Investitionen in den Unterdrückungsapparat und reaktionäre Ausrichtung des Staatsapparates.

Die Krise des Imperialismus hat auch eine Krise der Sozialdemokratie und der revisionistischen Parteien in den europäischen Ländern ausgelöst und die Sozialimperialisten zu verstärkter Einmischung und Intervention in Europa getrieben. Mit aller Macht versucht die Sowjetunion sich in Portugal einen Stützpunkt zu schaffen; gerade im strategisch so bedeutenden Mittelmeerraum steht sie in erbittertem Kampf mit den USA-Imperialisten. In Italien bietet sich die revisionistische Partei als Ordnungsfaktor an, um die Herrschaft der Bourgeoisie zu verlängern.

Wir hingegen können am 1. Mai die weltweiten Erfolge der kämpfenden Völker feiern. Unsere Solidarität mit ihnen, allem voran dem vietnamesischen Volk, hat dazu beigetragen, daß überall der Sozialismus auf dem Vormarsch ist. In diesem Geiste rufen wir am 1. Mai:

PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH! HOCH DIE INTERNATIONALE SOLIDARITÄT ALLE S FÜR DEN SIEG DER INDOCHINESISCHEN VÖLKER! AMIS RAUS AUS INDOCHINA! KRIEGSTREIBER BRESCHNEV UND FORDSCHLUSS MIT AGGRESSION UND VÖLKERMORD!

In der Bundesrepublik tönt Bundeskanzler Schmidt, die Arbeitslosenzahl sei sehr gering gegenüber England und Italien, die Inflationsrate weit niedriger als in den anderen Ländern, die Preissteigerungen ebenfalls, wenn man sie z. B. mit den USA vergleiche.

Alle diese Vergleiche können nicht darüber hinwegtäuschen, daß auch die Bourgeoisie in der BRD und Westberlin mit in den Strudel des sich durch den unerbittlichen Konkurrenzkampf der Imperialisten untereinander auf der einen und dem Kampf der Völker und des Proletariats auf der anderen Seite weltweit im Untergang befindlichen imperialistischen Weltsystems gezogen wird.

Unser Vergleich ist nicht das Elend in den anderen imperialistischen Ländern, sondern unser Maßstab sind die sozialistischen

Die ROTE HILFE ruft auf:
Unterstützt die
DEMONSTRATION
FÜR DEN ENDGÜLTIGEN SIEG DER VÖLKER
INDOCHINAS

Länder, in denen die Arbeiterklasse vereint mit dem ganzen Volk die Ausbeuter beseitigt hat. Die Werktätigen in unserem Land wehren sich - da helfen auch nicht Schmidts unbrauchbare Vergleiche. Zahlreiche Kämpfe - gegen Betriebsstilllegungen in Erwitte und im Kallental, gegen Fahrpreiserhöhungen in Hannover, (Forts. S. 2)

Indochina: Der Sieg der Völker ist gewiss

In Indochina hat eine militärische Offensive der Volksbefreiungsarmeen begonnen, deren Kraft und Erfolge alle freiheitsliebenden Menschen in der Welt mit Begeisterung erfüllen. Durch sie ist der Tag der endgültigen Befreiung Indochinas vom US-amerikanischen Joch in greifbare Nähe gerückt.



Bild: Die Thieu-Banditen sind verjagt! Angehörige der Volksbefreiungsarmee werden von den Bewohnern Hues begrüßt.

Nur die plumpesten Antikommunisten unter den Kommentatoren der bürgerlichen Presse reden angesichts der Vertreibung von hundertausenden Vietnamesen von einer "Abstimmung mit den Füßen gegen den Kommunismus". Inzwischen können selbst die Nachrichtensendungen des Fernsehens nicht mehr daran vorbeizeln: Die Thieu-Soldateska treibt die Menschen aus ihren Städten und Dörfern und was die Menschen einzig zu befürchten haben, ist das nachträgliche Bombardement ihrer Behausungen durch die abrückenden Thieu-Truppen, die nicht wollen, daß den Befreiungsstreitkräften auch nur eine einzige Schraube in die Hände fällt. Die Bundesregierung, katholische Kirchenhäupter wie Kardinal Döpfner und die bürgerlichen Hilfsor-

STRAUSS-REDE IN SONTHOFEN:

Einer deckt die Karten auf

Peter Lorenz war wieder zuhause, die Bürgerparteien versuchten eine große Solidaritätsbewegung zu entfachen: die "Solidarität aller Demokraten". Jeder wollte bei der "Verteidigung des Rechtsstaats" in der ersten Reihe stehen.

Aber die Bewegung kam nicht recht in Gang, sie konnte insbesondere die werktätigen Volksmassen nicht ergreifen. Vielmehr konnten wir die Erfahrung machen, daß unter ihnen die Rede des Genossen Horst Mahler einen tiefen Eindruck hinterlassen hat.

SPD und CDU begannen im Angesicht dieser Pleite sich gegenseitig den schwarzen Peter in die Schuhe zu schieben. Die SPD versuchte mit einem genauso geschickten wie alten Rezept ihre Haut zu retten: Während in Westberlin die SPD-Polizei Tausende von Werktätigen mit allen Schikanen kontrollierte, auf Frauen eindrosch, Kinder festnahm und dutzende von Wohnungen zur großen Empörung der Bevölkerung bei "Durchsuchungen" zerstörte, ließ die SPD-Führung in den Spiegel-Archiven die 4 Monate alte (!) Strauß-Rede aus Sonthofen auskramen, um im Gewand des besorgten Antifaschisten die Werktätigen bei der Stange halten zu können. Mit der mehrteiligen Strauß-Serie "Biedermann und Brandstifter" unterstützte der sozialdemokratisch gesteuerte "Stern" dieses Manöver.

Arbeiter und Werktätige! Der Faschist Strauß ist einer der ärgsten Feinde der



Arbeiterklasse. Er spricht die Sprache des offenen Terrors gegen das Volk. Aus jedem seiner Sätze spricht tiefste Menschenverachtung insbesondere gegenüber (Forts. S. 2)

Kölner Arbeiter VON DER POLIZEI ERMORDET !

In der Nacht vom 16. zum 17. März wurde in Köln-Vingst der Arbeiter Manfred Rohs von der Polizei ermordet!

Die ROTE HILFE und die KPD organisierten sofort gemeinsam eine Solidaritätsfront, sammelten Zeugenaussagen, stellten Strafanzeige gemeinsam mit den Eltern von Manfred führten mit vielen der Bewohner dort dem Verbot zum trotz eine Demonstration durch und sammelten Geld zur Unterstützung der Angehörigen. Bereits in der ersten Woche wurden 400,- DM gesammelt.

Ausführlicher Bericht S. 8

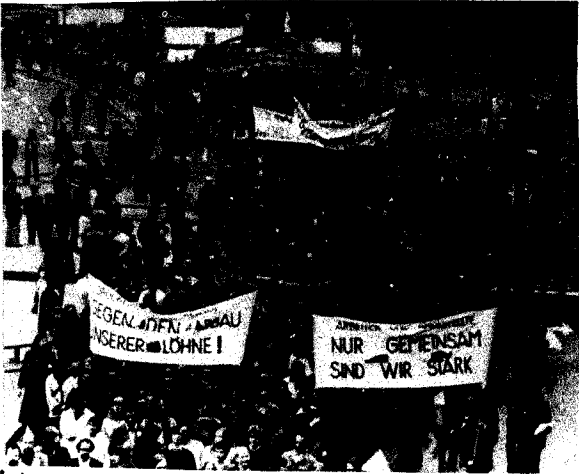
diesmal in der RHZ:

- Korrespondenz vom Sozialstaat S. 3
- Wählt klassenbewußte Betriebsräte S. 4
- Freiheit für H. Mahler S. 5
- RHD-Sanitätstrupp der KPD/ML S. 6
- Das war Arbeitermord S. 8

Heraus zum 1. Mai! (FORTSETZUNG VON S. 1)

für eine Kinderpoliklinik in Westberlin - zeigen, daß der Widerstand wächst; insbesondere in den Betrieben gegen die Lohnraub-

politik und das Stillhalte abkommen, das die Gewerkschaftsführer mit der SPD-Regierung und den Kapitalisten eingegangen sind.



Arbeitslose schließen sich mit ihren Familien, ausländischen Arbeitern, den noch in der Produktion stehenden zusammen; Arbeiter, Verteidiger, Lehrer, Professoren, die wegen ihres proletarischen Klassenstandpunkts aus der Gewerkschaft herausge-

Bild: 1. Mai 1974 in Westberlin

Fortsetzung: EINER DECKT DIE KARLEN AUF

den werktätigen Massen. Nicht jeder aber, der wortgewaltig gegen Strauß zu Felde zieht, ist ein Freund der Arbeiterklasse. Schon gar nicht die SPD, die noch eine Woche vorher CDU und CSU mit dem Slogan "Wir sitzen alle in einem Boot" umarmte. Hinter der Staubwolke, die die SPD-Führer mit der Veröffentlichung der Sonthofener Rede aufwirbelten, verbirgt sich die grundlegende Einigkeit aller bürgerlichen Parteien zum Nutzen des Monopolkapitals. Sie sitzen nicht nur im selben Boot, sie rudern auch in dieselbe Richtung - die Differenz liegt im "zu früh" oder "zu spät" bei der Offenlegung der Waffen, die sich die Bourgeoisie für den Kampf um ihr Überleben in der Krise zurechtlegt:

1. Steigerung des Massenelends: "Noch heute leben die meisten über ihre Verhältnisse... Noch heute besteht nicht die ernsthafteste Bereitschaft, den Gürtel enger zu schnallen und an die Sanierung von Wirtschaft, Gesellschaft und Staat heranzugehen... Noch ist das Bewußtsein der Öffentlichkeit nicht auf die wirklich große Krise vorbereitet" (Strauß). Stichwortgeber war hier niemand anderes als Bundeskanzler Schmidt, dessen Neujahrsrede ja von "Den Gürtel enger schnallen" nur so strotzte.

2. Militarisierung von Wirtschaft und Gesellschaft: Strauß will, daß die BRD in Europa auch militärisch wieder "ein Stabilitätsfaktor erster Ordnung" werden soll. An diesem Strick zieht auch die SPD: Bei der Entwicklung der Kriegsproduktion in jüngster Zeit (Produktion moderner Panzer und Kampfflugzeuge für die Bundeswehr) stand die SPD-Regierung Pate, SPD-Kriegsminister Leber trieb den Rüstungsetat auf über 30 Milliarden, die Bundeswehrhochschulen sind eine ureigene Erfindung der Sozialdemokratie.

3. Umfassende politische Unterdrückung gegen revolutionäre und fortschrittliche Kräfte: "Und zwischen kriminellen und politischen Gangstern ist nicht der geringste Unterschied, sie sind alle miteinander Verbrecher. Und wenn wir hinkommen und räumen so auf, daß bis zum Rest des Jahrhunderts von diesen Banditen keiner es mehr wagt, in Deutschland das Maul aufzumachen" (Strauß). Die SPD protzt derweil mit ihren "Maßnahmen zur inneren Sicherheit": Bewaffnung der Polizei, Eingliederung des Bundesgrenzschutzes als zentrale Bürgerkriegstruppe, Einführung des faschistischen Blockwartsystems in Westberlin, Aufstockung von Teilen des Etats für "innere Sicherheit" - sprich: politische Unterdrückung - um 500%! usw. usw.

IMPRESSUM

Verantw. i. S. d. Pr. ges.: R. Pohl,
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6
Hrsg.: Zentralvorstand d. ROTEN HILFE
5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

Sozialismus oder Barbarei

Die Krise des imperialistischen Weltsystems mit ihren vernichtenden Folgen für die Lebensbedingungen der Arbeiter und Werktätigen vertieft sich. Nach jüngsten Umfragen glaubt nur 1/3 der Bevölkerung an den Aufschwung im Sommer. Wo ist der Ausweg?

Strauß: "Wir haben eine Situation herbeigeführt, wo jedes Rezept, je nachdem, auf welche Wirkung hin man es untersucht, einfach falsch ist." Seine Äußerungen und Pläne zur Sicherung von Profit und Herrschaft der Bourgeoisie sind eine einzige Propaganda für die Errichtung einer offen terroristischen Diktatur des Monopolkapitals über die Volksmassen. Er nennt bereits heute das beim Namen, was die Bourgeoisie zu ihrem Programm erheben wird, wenn die kapitalistische Krisenentwicklung in aller Augen als ausweglos erkannt ist: die Massen begeistern für eine Politik des verschärften Elends, der Kriegsvorbereitung, der Profitmacherei auf dem Rücken anderer Völker.

Die SPD-Führer hüten sich heute noch vor dem Eingeständnis, daß die Gesetze des Profits, denen sie sich unterworfen haben, die Krise weiter verschärfen werden. Sie werden nicht müde zu versprechen, daß die Sanierung des Monopolkapitals auch dem Arbeiter nützt. Wie peinlich für die Sozialdemokratie, daß Strauß der Schmidt-Regierung die sozialdemokratische Krisenpolitik aus der Weimarer Zeit als zeitgemäßes Vorbild in Erinnerung rief! Wenn Strauß in faschistischer Manier den Massen eine Robkur verordnen will, so empfahlen damals Sozialdemokraten eine "Eisenbartkur für die wundergläubige Masse" (SPD-Führer Braun 1932). Hier ist Strauß Realist: Wer im Dienste des Monopolkapitals regiert, wird in der äußersten Zuspitzung der Krise und der Massenkämpfe auch zum einzigen Ausweg greifen, der der herrschenden Klasse bleibt: das barbarische System des Faschismus.

Sozialismus oder Barbarei? Herrschaft der Arbeiterklasse und des Volkes oder Herrschaft der Ausbeuter, Kriegstreiber und menschenverachtenden Volksfeinde? Die Völker Chinas und Albanens, Vietnams und Nordkoreas haben leuchtende Vorbilder geschaffen für eine Gesellschaft, in der die Arbeiter, Werktätigen und Bauern regieren: Keine Krisen, keine Arbeitslosigkeit, stetige Senkung der Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt, kostenlose und umfassende medizinische Versorgung, Leitung der Produktion durch die Werktätigen selbst, Ausrichtung der Produktion auf die Bedürfnisse der Volksmassen, umfassende Sicherheit des Volkes gegenüber seinen ehemaligen Ausbeutern und den letzten Resten von Kriminalität.

Der Sozialismus, die Erkämpfung der Macht durch die Arbeiter und Werktätigen ist unser Ausweg aus der Krise.

schmissen oder Berufsverbot erhalten haben, haben sich in Komitees zusammengeslossen.

Es gelingt der Bourgeoisie nicht mehr, fortschrittliche Menschen und Revolutionäre hinter Gitter zu bringen oder Angeklagte vor die Schranken der Klassenjustiz zu zerren, ohne daß der Bourgeoisie die Stärke Waffe der Solidarität entgegengehalten wird. Das Wüten und Treiben der Polizei, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Unterdrückungsinstrumenten wird schonungslos aufgedeckt, entlarvt und bekämpft. Keine Polizeimord im letzten Jahr ohne eine breite Protestwelle und den Zusammenschluss neuer Menschen.

Gerade an diesem 1. Mai heisst es für die ROTE HILFE, alle Menschen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit zusammenzuschliessen, unter der Losung:

DEUTSCHE UND AUSLÄNDISCHE ARBEITER BESCHÄFTIGTE ARBEITER UND ARBEITSLÖSE - EINE KAMPFFRONT!

Beschäftigte Arbeiter, Erwerbslose, Frauen ausländische Arbeiter und Jugendliche, kommt heraus zum 1. Mai und reißt euch ein in die Einheitsfront aller Ausgebeuteten und Unterdrückten. Setzen wir allen Spaltungs- und Vernichtungsversuchen durch die Bourgeoisie die EINHEITSFRONT IN BETRIEB UND GEWERKSCHAFT ENTGEGEN! Mit der heimtückischen Waffe der Unvereinbarkeitsbeschlüsse durch die Gewerkschaftsführung, versucht die Bourgeoisie die Arbeiterklasse in ihrem Kampf einzuschichtern und zu unterdrücken. Jeder Arbeiter ist von der Arbeitslosigkeit, vom politischen Rausschmiss entscheidend getroffen, wenn er sich nicht auf die Solidarität seiner Klassenbrüder stützen kann.

GEGEN LOHNRABAU HILFT NUR STREIK! IN DER KRISE KÄMPFEN!

Heinz Scholz, Arbeiter auf Vulkan Bremen, Betriebsrat und Vertrauensmann, IGM Mitglied, hat nach dem Lohnraubabschluss der Gewerkschaftsführung im letzten Jahr, gegen den sich 80 % seiner Kollegen ausgesprochen hat, eine Protestkundgebung veranstaltet, auf der er den Verrat der Gewerkschaftsführung und ihre arbeiterfeindliche Politik angriff und entlarvte. Hierauf wurde ein Gewerkschaftsausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet. Der eingeschlossene Kampf der Vulkan-Arbeiter und Arbeiterinnen konnte dies verhindern, sie ernannten ihn gegen den Willen der Gewerkschaftsführung und gegen die Stimmen der SPDler, die ihre Unterschrift für seinen Ausschluss abgaben. Diesen gegenüber wurde das Mißtrauen ausgesprochen. Die Kapitalisten schlugen dann einen anderen Weg ein. Abends, als er von einer Sitzung der Gewerkschaftsoppositionellen Bewegung kam, wurde ein heimtückischer Mordanschlag auf ihn verübt. Heute reicht die Solidarität mit dem Kampf der Vulkan-Arbeiter weit über Bremen hinaus.

Jens Scheer, Professor für Kernphysik, beschäftigt sich insbesondere mit Fragen des Umweltschutzes. Schonungslos deckte er in seinen Seminaren und Vorlesungen die grausame nach dem Profit orientierte Politik der Kapitalisten auf, bei denen nicht der Mensch im Mittelpunkt steht, sondern ihre Hauptfrage ist: wie mit möglichst wenig Geld viel herauszuschlagen ist; dabei interessiert sie nicht, was mit dem Land des Bauern, was mit dem Weinbau usw. passiert. Weil er dies aufzeigte, weil er seine wissenschaftlichen Kenntnisse in den Dienst des Volkes stellte, wurde gegen ihn das Berufsverbot betrieben.

GEGEN UNVEREINBARKEITSBESCHLÜSSE UND BERUFSSVERBOTE!

Seit 1966 ist die SPD an der Regierung, in dieser Zeit hat sie ein nahezu lückenloses System von Unterdrückungs- und Verfolgungsmaßnahmen geschaffen, Aufrüstung der Polizei, Ausbau des BGS zur Bürgerkriegsarmee, Einführung des faschistischen Blockwartsystems in einigen Bundesländern, Einschränkung der Rechte des Verteidigers und des Angeklagten, vor allem ist es ihr gelungen diese gesamten Unterdrückungsinstrumente zu einer guten Zusammenarbeit zwischen politischer Polizei, Verfassungsschutz und Klassen-

justiz zu bringen. Unter dem Stichwort "kinere Sicherheit" versucht die SPD Regierung ihre ureigensten Sicherheitsfragen, nämlich wie die Herrschaft der Bourgeoisie absichern, zur Frage und zum Problem des Proletariats zu machen. Das dies nichts mit der Sicherheit für die Massen zu tun hat, hat uns das letzte Jahr gezeigt:

G. Routhier, Arbeiter und Kommunist, wurde im Gerichtssaal von der Polizei zu Tode geschlagen. Diejenigen, die die Sache beim Namen nannten, nämlich Mord, die massive Propaganda und Gegenermittlungen anstellten, stehen heute wegen "Volksverhetzung" "Verunglimpfung der BRD" vor Gericht. Wegen die presserechtlich Verantwortlichen der Flugblätter und Zeitungen laufen ebenfalls Verfahren. Das von Frau Routhier angestrebte Verfahren gegen den Mörder wurde eingestellt.

Hunderte von Menschen werden in der BRD und Westberlin von der Klassenjustiz verfolgt, weil sie als Kommunisten und Antimperialisten die Wahrheit unter die Massen tragen, weil sie in ihrem alltäglichen Kampf die Arbeiter und Werktätigen enger zusammenschließen, um sie für den Kampf gegen die Bourgeoisie zu rüsten, um mit ihnen zusammen diesem System ein Ende zu setzen.

Schauen wir uns an, wie die Klassenjustiz vorgeht: Täglich werden Kommunisten und Antimperialisten in ihrer Massenarbeit behindert, indem sie überall beim Zeitungsverkauf von der Polizei verfolgt werden. Immer wieder versuchen die staatlichen Unterdrückungsorgane, den fortschrittlichen Menschen und Revolutionären die Verbindung zu den Volksmassen abzuschneiden, um zu verhindern, daß sie über die tatsächlichen Vorgänge unterrichtet werden. Es laufen zahlreiche Verfahren gegen verantwortliche Redakteure, Verkäufer und Verteiler wegen Verleumdung, Volksverhetzung, Verunglimpfung von Staatsorganen usw. Jedem hat die Bourgeoisie dieselbe Antwort erhalten: Die Verkäufer traten noch offensiver auf und die Solidarität wuchs.

Während die deutsche Monopolpresse sich durch besondere Reaktion auszeichnet, während sie unverföhren über "Massaker" und Flüchtlingselend durch die Befreiungstreitkräfte in Vietnam schreiben, während sie politische Untersuchungsgefangene ständig wie bereits Verurteilte behandeln, versucht die Bourgeoisie die revolutionäre Presse zu verbieten!

Der Arbeiter Hanns Marzini, der sich an der Demonstration gegen den NPD-Parteitag in München beteiligte, wurde 3 Monate in U-Haft gehalten bis er schließlich freigesprochen werden mußte. Gegen die im Prozeß offen zutage tretende Zusammenarbeit der Provokateure und Spitzel und Polizeipräsident Schreiber wurde nichts weiter unternommen.

Herbert Marks, der sich in Westberlin an einer Demonstration für eine Kinderpoliklinik beteiligte, wurde von der Polizei herausgegriffen und inhaftiert, Nach wie vor wird er in U-Haft festgehalten.

Horst Mahler wurde in 2 Gesinnungsprozessen zu insgesamt 14 Jahren Gefängnis verurteilt, ohne daß ihm auch nur das geringste nachgewiesen war. Als "Beweismaterial" dienen vor allem die Aussagen von Ruhland, einem von den staatlichen Behörden 2 Jahre lang präparierter Zeuge. Nicht die Tat, sondern die Gesinnung interessierte die Richter in diesen Prozessen. Der Richter Weiß, der den Nazirichter Rhesse, Mitglied des Volksgerichtshofs, dem Sondergericht Hitlers, freisprach, urteilte auch im Mahler-Prozeß! Wie sollen Richter diesen Schlag im Namen des Volks Recht sprechen können?

Das ist das Gesicht der bürgerlichen Klassenjustiz!

Schließen wir uns am 1. Mai zusammen unter der Losung:

**NIEDER MIT DER BÜRGERLICHEN KLASSENJUSTIZ!
GEGEN ARBEITERMORD-KLASSENSOLIDARITÄT!
FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!**

17/85
Hamburger Institut

Arbeitslosigkeit und Massenelend bedrohen auch Dich!

Vereint kämpfen!

In der gesamten Bundesrepublik und Westberlin haben sich hunderte von Arbeitslosen mit ihren Familien, ausländische Kollegen und noch in der Produktion stehende Arbeiter zusammengeschlossen, um gemeinsam gegen die Krise und die unge-

heuren Angriffe der Kapitalisten vorzugehen. Ihre gemeinsame Parole ist: Wir lassen uns nicht einschüchtern! Gerade jetzt heißt es für uns: Schließen wir uns zusammen im Kampf gegen das mörderische kapitalistische System!

Entschlossen nehmen Rote Helfer vor dem Arbeitsamt die Agitation und Propaganda auf, bereits beim zweiten und dritten Mal schlossen sich ihnen zahlreiche Arbeitslose an. In Bremen, Hamburg, Köln, Dortmund, Westberlin, Stuttgart, Frankfurt und Nürnberg haben die Arbeitslosenausschüsse den Kampf aufgenommen.

Rasch einigten sich die Arbeitslosen auf das 9-Punkte-Programm der Kommunistischen Partei Deutschlands und nahmen konkret den Kampf auf. Für die Arbeitslosen und die Roten Helfer heißt es nicht: wer braucht Kleider? wer braucht Geld? Sondern die Frage war: Wie können wir den Kampf für die sofortige Auszahlung des Arbeitslosengeldes führen, wie können wir die Selbsthilfe gemeinsam mit den Arbeitslosen organisieren? Dort, wo die Roten Helfer den Massen gegenübertraten und ihnen Geld, Kleider usw. zur Verfügung stellten, konnte sich der Kampf nicht weiterentwickeln und die Kollegen nicht für ein gemeinsames Vorgehen gewonnen werden. Sie betrachteten uns dann als eine



Bild: Polizei behindert die Agitation

sicherungsanstalt und des Arbeitsamtes Nagold sind nur scheinbar ein Unrecht: beide beruhen auf den gesetzlichen Regelungen der RVO und des AFG. Bei beiden Entscheidungen sind die jeweiligen gesetzlichen Vorschriften eingehalten, beide sind also völlig legal im Sinne der herrschenden Ordnung.

Weil R. M. nun bei beiden Stellen kein Geld für seinen notwendigen Lebensunterhalt erhielt, bis auf eine geringe Sozialhilfe, wandte er sich an die Württembergische Bau-Genossenschaft mit einem Antrag auf Entschädigung. Dieser Antrag wurde abgelehnt, denn es handelte sich nicht um eine Berufskrankheit im Sinne der Berufskrankheiten-Verordnung. So wurde, ebenfalls völlig legal, der ganz einfache Tatbestand der Ruinierung der Gesundheit von R. M. durch seine jahrelange Arbeit als Eisenbieger in sein Gegenteil verkehrt.

Damit hatte der "soziale Rechtsstaat" R. M. aber immer noch nicht genug zugrunde gerichtet. Als nächstes trat das Landratsamt Calw auf den Plan:

"Sehr geehrter Herr! Nach der Klageabweisung des Sozialgerichts Karlsruhe liegt nach den ärztlichen Beurteilungen bei Ihnen weder Berufsunfähigkeit noch Erwerbsunfähigkeit vor. Die Voraussetzungen zur Gewährung laufender Sozialhilfeleistungen sind daher nicht mehr gegeben und die Zahlung der Ihnen als Voranschuss auf einen Rentenanspruch bewilligten Hilfe zum Lebensunterhalt muß mit Ende Januar d. J. eingestellt werden. Wir empfehlen Ihnen, sich umgehend über das Arbeitsamt um Vermittlung einer Arbeits-

bürgerliche Hilfsorganisation, die das Elend und die Not notdürftig lindert, konnten aber im politischen Auftreten der Roten Helfer nicht erkennen, daß es darum geht, im Kampf die Selbsthilfe zu schaffen, konnten nicht erkennen, daß die Arbeitslosigkeit so nicht beseitigt werden kann. Welche Erfolge durch das solidarische und geschlossene Vorgehen erreicht werden konnten, zeigen einige Beispiele des Nürnberger Arbeitslosenausschusses:

Trotz massiver Einschüchterungsversuche durch die Arbeitsamtbürokraten, trotz dauernder Polizeieinsätze auf dem Arbeitsamt konnte der Kampf erfolgreich geführt werden. Mit der Begründung, es sei kein Geld da, sollten einige Kollegen, denen 500 DM zustand, nur 100 DM ausgezahlt werden. 15 Arbeitslose machten das nicht mit. Sie besetzten das entsprechende

Arbeitslos wurde von vier Ärzten abgewiesen. Auch hier hat der Erwerbslosenausschuß ein gemeinsames Vorgehen gegen die ungläublichen Machenschaften gegen die geldgierigen freipraktizierenden Ärzte geplant.

Aber die Roten Helfer wissen, daß ihr Kampf an einigen Punkten erst langfristig erfolgreich sein wird. Deswegen haben sie gleichzeitig die praktische Selbsthilfe in Angriff genommen. Gemeinsam gehen sie vor die Betriebe, wo sie entlassen worden sind, sammeln sie im Wohnviertel und organisieren sie die ärztliche Versorgung.

Eingroßer Erfolg war der Auftritt einer Delegation des Erwerbslosenausschusses Nürnberg vor der Bundesanstalt für Arbeit. Der Anlaß war eine Pressekonferenz von Stingl, Oberbonze der Bundesanstalt, auf der er die neusten Arbeitslosenzahlen bekannt gab, davon redete daß die Wartezeiten nicht mehr als 3

Die Forderungen der Arbeitslosen

1. Für den 7-Stundenlag bei vollem Lohnausgleich!
2. Arbeitslosengeld in Höhe des Nettolohns — wenigstens aber in Höhe des Mindestlohns (heute 1200 DM)!
3. Das Arbeitslosengeld muß an alle Arbeitslosen gezahlt werden! Kein arbeitsloser ausländischer Kollege darf benachteiligt werden! Das Arbeitslosengeld muß für die gesamte tatsächliche Dauer der Arbeitslosigkeit gezahlt werden, vom ersten bis zum letzten Tag! Arbeitslosengeld muß sofort ausgezahlt werden — alle Sperrzeiten und Einschränkungsbestimmungen müssen fallen! Das Arbeitslosengeld muß die einzige Form der Zahlung an Arbeitslose sein — weg mit „Arbeitslosenhilfe“, „Unterhaltsgeld“ und „Bedürftigkeitsnachweisen“. Arbeitslosengeld muß bei Arbeitslosigkeit infolge von Streiks gezahlt werden! In voller Höhe!
4. Die Gelder der Arbeitslosenversicherung dürfen nur zur Zahlung an Arbeitslose verwendet

werden — alle Zahlungen an die Kapitalisten müssen eingestellt werden!

5. Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung müssen in voller Höhe von den Kapitalisten bezahlt werden!
6. Miet-, Lebensmittel- und andere Beihilfen für Arbeitslose! Kostenlose Benutzung von Strom, Gas, Wasser und Verkehrsmitteln für Arbeitslose! Fortdauer der Kranken- und Rentenversicherung bei Arbeitslosigkeit!
7. Keine Exmatrikulation von Arbeitslosen bei Mietrückstand! Außerkräftsetzung von Kredit- und Rentenverpflichtungen während der Arbeitslosigkeit!
8. Gesetzliche Garantie einer Lehrstelle für jeden Jugendlichen!
9. Rederecht für die Vertreter der Arbeitslosenkomitees auf den Belegschaftsversammlungen in den Betrieben!

Zimmer des Arbeitsamtes. Dort harnten sie solange aus, bis sie die 500 DM bekamen. Ein anderes Bspl.: Während einige Arbeiter bis zu drei Monaten auf ihre Arbeitslosenunterstützung warten mußten, waren sie nicht krankenversichert. Erst nach langen Mühen, erhielten sie einen Krankenschein von Sozialamt. Mehrfach gelang es dem Erwerbslosenausschuß die unverzügliche Herausgabe eines Krankenscheins zu erwirken. Aber damit waren die Schikane noch nicht genug. Zahlreiche freipraktizierende Ärzte weigerten sich, die Arbeiter, die einen Krankenschein vom Sozialamt haben, zu behandeln, weil es ihnen nicht genug Geld einbringt. Ein

Wochen betragen usw. Durch das eingeschlossene Auftreten der Erwerbslosen gelang es, die Forderungen des 9-Punkte-Programms vorzutragen, die wirkliche Situation der Erwerbslosen den dort anwesenden und der Presse bekannt zu machen. Es wurden über 100 Arbeitslosenzeiten verkauft und die dort aufgefahrenen 120 Polizisten konnten keinen einschüchtern. Tags darauf berichtete die bürgerliche Presse und verbreitete das 9-Punkte-Programm. Es wurde eine Demonstration in Nürnberg organisiert, die von anfänglich 300 Mann auf über 450 anwuchs. Viele reichten sich ein. Das war die Antwort

stelle zu bemühen, bzw. die Gewährung von Arbeitslosenhilfe zu beantragen."

Die "Empfehlung", doch Arbeitslosenhilfe zu beantragen hat ihren Grund darin, daß R. M. früher beim Arbeitsamt Arbeitslosengeld beantragt hatte, für das die Voraussetzungen nicht gegeben waren. Arbeitslosenhilfe hätte er unter Umständen vielleicht erhalten, das Arbeitsamt hat aber nicht im Traum daran gedacht, diesen Antrag gleichzeitig als einen auch auf Arbeitslosenhilfe auszulagern.

Dem Ausländeramt der Stadt Nagold blieb es dann vorbehalten, den letzten Schlag zu führen: mit Verfügung vom 26. 1. 75 wurde R. M. ausgewiesen. Begründung: "Nach § 10 Abs. 1 Ziff. 6 des Ausländergesetzes (...) kann ein Ausländer dann ausgewiesen werden, wenn er den Lebensunterhalt für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht ohne Inanspruchnahme der Sozialhilfe bestreiten kann oder bestreitet (...) Für die getroffene Entscheidung war vor allem maßgebend, daß nach Ihrem bisherigen Verhalten angenommen werden muß, daß Sie der Sozialhilfe ständig zur Last fallen würden, wenn Sie sich weiterhin im Bundesgebiet aufhalten sollten."

Dabei stört sich das Ausländeramt nicht im geringsten daran, daß das Sozialamt ja gerade festgestellt hatte, daß die Sozialhilfeleistungen eingestellt werden würden.

Zusammenfassend ergibt sich: Die LVA Niederbayern-Oberpfalz hat festgestellt, daß R. M. eine Berufskrankheit hat; die Württembergische Baugenossen-

schaft hat festgestellt, daß R. M. keine Berufskrankheit hat. Ergebnis: keine Entschädigung für R. M.

Die LVA Niederbayern-Oberpfalz hat festgestellt, daß R. M. noch arbeitsfähig ist. Ergebnis: keine Rente für R. M.

Das Arbeitsamt Nagold hat festgestellt, daß R. M. nicht mehr arbeitsfähig ist. Ergebnis: kein Arbeitslosengeld für R. M.

Das Kreissozialamt Calw hat festgestellt, daß die Voraussetzungen für eine Sozialhilfe nicht gegeben sind. Ergebnis: keine Sozialhilfe für R. M.

Das Ausländeramt der Stadt Nagold hat festgestellt, daß R. M. der Sozialhilfe zur Last fallen würde. Ergebnis: Ausweisung.

Bei allen Entscheidungen ist es legal und gemäß den Gesetzen zugegangen. Es handelt sich nicht um Willkür, sondern um einen Regelfall, um ein Beispiel, wie es heute vielen tausenden Arbeitern in der BRD ergeht. Die Konsequenz kann deshalb nur sein: die Arbeiterklasse muß sich über die Legalität hinwegsetzen. Jeder klassenbewußte Arbeiter muß wissen: ebensowenig wie eine neue Gesellschaftsordnung in der BRD, der Sozialismus, ohne revolutionäre Gewalt erkämpft werden kann, können die täglichen Lebensbedürfnisse des Proletariats im Rahmen der Legalität abgesichert werden. Deshalb müssen wir heute in jedem Arbeitsamt, jedem Sozialamt, jedem Gerichtssaal und überhaupt jeder staatlichen Behörde, die die Rechte des Volkes mit Füßen tritt, kämpfen, Druck ausüben und notfalls direkte Gewalt anwenden, um das uns Zustehende zu erhalten.

Korrespondenz

Der Sozialstaat läßt Dich verrecken

Der jugoslawische Arbeiter R. M. kam vor 6 Jahren in die BRD, um hier zu arbeiten. Damals war er kerngesund. Er arbeitete als Zimmermann und Eisenbieger. Dabei mußte er Maschinen bedienen, die rhythmische Erschütterungen erzeugen, ähnlich den von den Straßenbauarbeitern bekannten Preßlufthämmern. Aufgrund der Arbeit mit diesen Maschinen leidet er jetzt an einer schweren Arthrose beider Handgelenke und beider Kniegelenke. Der rechte Oberschenkel hat 2 cm weniger Umfang als der linke. R. M. kann nur mit Mühe noch seinen Namen schreiben, fest zupacken, geschweige denn längere Zeit arbeiten kann er überhaupt nicht mehr. Die Arthrose in den Kniegelenken hat sich so verschlimmert, daß er selbst für ganz kurze Wege ein Taxi braucht. Mit Krücken kann er nicht gehen, denn dabei müßte er sich auf seine Handgelenke stützen.

Am 22. 8. 72 stellte R. M. einen Antrag auf Rentenbewilligung bei der Landesversicherungsanstalt Niederbayern-Oberpfalz in Landshut. Bis dahin hatte er seinen Körper für die Kapitalisten verschlissen; jetzt erfuhr er dazu, welches volksfeindliche System der "soziale Rechtsstaat" der BRD ist:

Am 18. 6. 1973, nach 10 (!) Monaten also wurde sein Antrag auf Rente abgelehnt. Zwar wurde in dem Bescheid der Landesversicherungsanstalt festgestellt, daß eine "hochgradige Funktionseinschränkung der Handgelenke durch Abnutzung" vorliegt. Aber eine Rente erhält der Arbeiter gemäß den gesetzlichen Bestimmungen (§ 1246 Reichsversicherungsordnung) nur dann, wenn die Erwerbsfähigkeit auf weniger als die Hälfte der Norm herabgesunken ist. Die Feststellung, ob diese Bedingung erfüllt ist, trifft ein Gutachter. Dieser behauptete nun eben, daß R. M. "noch leichte Arbeiten, bei denen der dauernde Gebrauch der Hände im Wesentlichen nicht erforderlich ist, mehr als halbschichtig" ausüben können. Leider wurde R. M. nicht darüber aufgeklärt, was denn das für eine Tätigkeit ist, bei der man die Hände nicht braucht und vor allem, wo man für eine solche Tätigkeit Geld bekommt.

Da R. M. nun also keine Rente bekam und natürlich arbeitslos war, stellte er einen Antrag auf Arbeitslosengeld. Der Bescheid des Arbeitsamtes Nagold ist es wert in voller Länge hier abgedruckt zu werden: "Sehr geehrter Herr! Ihrem Antrag auf Gewährung von Arbeitslosengeld kann nicht entsprochen werden. Gründe: Nach amtsärztlichem Gutachten ist Ihre Leistungsfähigkeit derart gemindert, daß Sie zur Zeit überhaupt nicht zu einer Arbeitsleistung instande sind. Sie stehen daher der Arbeitsvermittlung nicht zur Verfügung und haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld."

Also: Zum Arbeiten zu kaputt, für eine Rente aber zu wenig kaputt. Der Zweck ist eindeutig: Wer im Dienste der Kapitalisten seinen Körper ruiniert hat, wird zum alten Eisen geworfen. Die widersprüchlichen Bescheide der Landesver-

sicherungsanstalt und des Arbeitsamtes Nagold sind nur scheinbar ein Unrecht: beide beruhen auf den gesetzlichen Regelungen der RVO und des AFG. Bei beiden Entscheidungen sind die jeweiligen gesetzlichen Vorschriften eingehalten, beide sind also völlig legal im Sinne der herrschenden Ordnung.

Betriebsratswahlen: Die klassenbewussten Kandidaten unterstützen

"Die schlimmsten Schläger sind die Betriebsbetriebsräte, dann erst kommt der Werkschutz" So berichteten Genossen, die das Programm des KPD-Genossen Georg Kresmer für den Betriebsrat bei VAW-Leichtmetall in Bonn verteilten. Wahlen für den Betriebsrat stehen vor der Tür - das reißt die Betriebsbetriebsräte, die seit Jahren gutbezahlt auf ihren Sesseln hockten, hoch und treibt sie aus den Büros vor die Fabriktore, um mit zuzulangen. Gegen klassenbewusste BR-Kandidaten läuft eine Ausschluß und Entlassungswelle an: Georg Kresmer wurde in letzter Minute vom Platz 4 der gewerkschaftlichen Einheitsliste geworfen, Gewerkschaftsaussschluß ist ihm angedroht. Entlassung aus dem Betrieb wird die Geschäftsleitung betreiben. Dutzende von klassenbewußten Kandidaten wie Georg Kresmer stehen unter 3-fachem Beschuß: Gewerkschaftsführung, Geschäftsleitung und Polizei. Dagegen die Solidarität aller Arbeiter und Werktätigen zu organisieren, heißt für die ROTE HILFE zuallererst, die klassenbewußten Kandidaten, ihre Programme und Aktionen zu unterstützen; jetzt die tausende von Kollegen, die mit ihrer Unterschrift oppositionelle Kandidaten und Listen unterstützt haben, zusammenzuschließen gegen alle arbeiterfeindlichen Manöver von Gewerkschaftsführung und Geschäftsleitung. Im Kampf um revolutionäre Betriebsräte entsteht die Solidaritätsfront gegen Gewerkschaftsaussschlüsse und politische Entlassungen!

Die letzten Betriebsräte wurden vor 3 Jahren gewählt. In diesen 3 Jahren hat sich in vielen Betrieben das Blatt gewendet: Wo damals die übergroße Mehrheit der sozialdemokratischen Anwärter, die zum Teil seit 15, 20 Jahren im Betriebsrat sitzen, die Wahl unangefochten in aller Stille durchziehen konnten, treten heute klassenbewußte Kollegen auf den Plan. Jetzt steht Kandidat gegen Kandidat, Programm gegen Programm - der Kampf um die Entscheidung eines jeden Kollegen ist in aller Schärfe entbrannt, weil es eine revolutionäre Alternative gibt.

Die meisten Kollegen sagen: Es ist gut, das es den Betriebsrat gibt. Jawohl, es ist gut, wenn sich die Arbeiter auf betrieblicher Ebene ein Kampforgan wählen, das ihren Interessen nützt. Die Betriebsräte selbst sind das Produkt eines erbitterten Ringens der Arbeiterklasse und die Stärke der Arbeiterklasse läßt sich gerade an der Frage ablesen: Wie kämpft unser Betriebsrat? Nach dem Willen des Adenauerischen Betriebsverfassungsgesetzes von 1952 und der SPD-"Reform" von 1972 kämpft er überhaupt nicht! Er ist vielmehr zu "vertrauensvoller Zusammenarbeit" mit der Betriebsleitung "zum Wohle des Betriebs" verpflichtet. Die Arbeitsgerichte interpretieren die Paragraphen des Gesetzes ausdrücklich so: Der Betriebsrat ist "nicht Stoßtrupp der Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber". Und so ist auch die Praxis der SPD-, CDU- und DKP-Betriebsräte! Sie wollen das Wunder vollbringen, "zum Wohle des gesamten Betriebes" zu handeln, das heißt, die Interessen

der Arbeiter mit denen der Kapitalisten zu vereinen. Hat der Betrieb genug Aufträge, stimmen sie den Überstunden zu, so daß den Kollegen das letzte aus den Knochen gepreßt wird, der Kapitalist viel produziert mit wenig Arbeitern. Bleibt in der Krise der Kapitalist im Konkurrenzkampf auf der Strecke und die Aufträge bleiben aus, dann stimmen die Betriebsräte den Massenentlassungen zu - wieder mit dem Ziel, daß der Kapitalist möglichst geringe Lohnkosten hat. Die Kollegen fliegen auf die Strafe. Gerade in der Krise zeigt sich: Ein gemeinsames Interesse von Kapitalist und Arbeiter gibt es nicht. Was für die eine Klasse gut ist, ist für die andere Klasse schlecht. Und darum fordern tausende von Kollegen: Wir brauchen einen klassenbewußten Betriebsrat, einen Betriebsrat, der für uns und gegen das Kapital kämpft.

Deshalb stoßen auch die Programme der revolutionären Kandidaten auf Begeisterung. Nehmen wir nur eine der Forderungen, die der Genosse Kresmer aufgestellt hat: Keine Kurzarbeit! Keine Entlassungen! Dafür Senkung der Arbeitszeit auf 7 Stunden bei vollem Lohnausgleich! Das geht nicht! Schreien die Betriebsbetriebsräte! Für das gleiche Geld nur 7 Stunden arbeiten und weitere Arbeitskräfte einstellen, wo führt das hin, dann sind wir zu teuer, im nationalen und internationalen Vergleich nicht mehr konkurrenzfähig usw. usw. Wir antworten ihnen: Das führt dahin, daß die Kollegen das kriegen, was sie zum Leben brauchen. Das führt dahin, daß die

für den Auftragsmangel büßen, die ihn verschulden - die Kapitalisten mit ihrer Profitsucht, die jeden Dreck produzieren lassen, wenn er nur schnell Geld bringt, aber nicht das, was die Volksmassen brauchen.

Die revolutionären Programmestellen nicht nur auf dem Papier. Sie mobilisieren die Kollegen, zeigen den Weg zur gewerkschaftlichen Einheit für wirkliche Arbeiterforderungen, für die Lebensrechte der Arbeiterklasse, den Weg zur Zerschlagung des Systems von Arbeitslosigkeit und Krise durch den revolutionären Kampf für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung. Schon in den vergangenen Jahren haben revolutionäre Betriebsräte wie der Genosse Heinz Scholz auf der Bremer Vulkan-Werft mit breiter Unterstützung der Kollegen vertreten. Solche Betriebsräte braucht die Arbeiterklasse überall!

Gewerkschaftliche Einheit auf der Grundlage des Klasseninteresses der Arbeiter und Werktätigen, revolutionäre Forderungen statt "Interessenausgleich" - das sind für die Gewerkschaftsführer rote Tücher. Sie wollen die Richtungsgewerkschaft nach sozialdemokratischem Konzept: Nur wer die kapitalistische Ideologie der "freiheitlich-demokratischen Grundordnung" vertritt, soll Gewerkschafter sein. "Bei der Aufstellung der Kandidaten soll deshalb das aktive Eintreten für Arbeitnehmerinteressen und das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grund-

ordnung unseres Grundgesetzes ausschlaggebend sein." (DGB-Funktionärsorgan "Quelle").

Was ist das für eine "Grundordnung", mit deren Segen langjährigen Gewerkschaftsmitgliedern, die einen klassenkämpferischen Kurs steuern, das Recht zur Kandidatur auf der gewerkschaftlichen Einheitsliste verweigert wird? Nach der Gewerkschaftsaussschluß und Entlassungen ausgesprochen werden? Nach der die tägliche Behinderung und Verfolgung klassenbewußter Kollegen, Drohungen und Einschüchterungen im Betrieb, Provokationen und übelste Hetze ("Chaoten, Gewerkschaftsfeinde"), die Zerschlagung der gewerkschaftlichen Demokratie durch die Gewerkschaftsführer zerschlagen wird? Das ist nicht die Grundordnung der Arbeiterklasse!

Für uns Rote Helfer heißt Betriebsratswahl deshalb:

1. Ich unterstütze in meinem Betrieb das Programm und die Wahl der klassenbewußten BR-Kandidaten mit aller Kraft.
2. Wo immer ein klassenbewußter Arbeiter kandidiert, hat er in jeder Phase seines Kampfes die Unterstützung der ROTEN HILFE. Wir stellen im Betrieb und im Stadtteil sein Programm zur Diskussion.
3. Ich kämpfe unter den Kollegen und in meiner Gewerkschaft gegen jede Behinderung und jeden Gewerkschaftsaussschluß.
4. Ich beteilige mich am Kampf der Komitees gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Berufsverbote.

Zementarbeiter kämpfen um ihre Arbeitsplätze

Seit Montag, den 10. März, streiken die 160 Arbeiter der Zementfabrik Seibel & Söhne in Erwitte bei Lippstadt-Westfalen. Ursprünglich richtete sich der Streik gegen die Entlassung von 86 Kollegen, doch inzwischen hat der Kapitalist Seibel allen Kollegen die Kündigung ins Haus geschickt teilweise mit Hausverbot, weil eine "Fortführung des Betriebes unmöglich geworden ist." In seinen Augen unmöglich, weil es ihm nicht mehr genügend Profit einbringt, und er auf "ohnehin Objekte umgestiegen ist. So hat er in Kanada riesige Ländereien aufgekauft, den qm für 5 bis 7 Pf. Doch die Arbeiter von Seibel sind fest entschlossen, den Streik so lange durchzuführen, bis sie ihre Forderungen: Keine Entlassungen! Erhaltung der Arbeitsplätze! durchgesetzt haben.

Für sie geht es um ihre Existenz. In Lippstadt gibt es 2000 Arbeitslose und die anderen Zementwerke stellen auch keine neuen Leute ein.

Um den Widerstand der Arbeiter zu brechen, sind dem feinen Herrn Seibel alle Mittel recht.

Nachdem er ausdrücklich angeordnet hatte, den Ofen ausgehen zu lassen, weil er während des Streiks nicht noch die Energiekosten bezahlen wolle, nimmt er heute die

deshalb am Ofen notwendigen Reparaturen zur Begründung, um den Kollegen nicht den vollen Februarlohn zu zahlen, sondern nur den Teil, der nicht pfändbar ist. So hält er von den einzelnen Kollegen inzwischen 100 bis 900 DM zurück, insgesamt ca. 32 000 DM.

Die Solidarität unter der Bevölkerung mit den streikenden Arbeitern ist sehr groß, aus umliegenden Betrieben werden Solidaritätstelegramme geschickt, Kollegen kommen vorbei, bringen Zigaretten und Verpflegung mit.

Am 11. 4. werden vor dem Arbeitsgericht die ersten Kündigungsschutzklagen verhandelt. Wir fordern alle Kollegen, alle Freunde und Genossen der ROTEN HILFE auf: Verabschiedet in euren Betrieben, in Gewerkschaftsgruppen, in den Arbeitslosenkomitees usw. Solidaritätserklärungen und schickt sie bis zum 11. 4. an die Kollegen in Erwitte. Ihr Kampf wird nicht vor Gericht entschieden, worauf es ankommt, ist ihr fester Zusammenschluß und die Unterstützung von außen zur Durchsetzung ihrer Interessen. Wir werden besonders die Arbeiter von Erwitte aufrufen: Kommt zur Massendemonstration gegen das System der Arbeitslosigkeit am 5. April in Düsseldorf, die von der KPD organisiert wird.

des Staatsapparat offen zu legen und den Angriff der Staatsanwaltschaft in ihr Gegenteil zu kehren. So wußten die Staatsanwälte weder eine Antwort darauf, warum es dem nicht gelungen war, einfache Arbeiter als Belastungszeugen zu beschaffen noch konnten sie erklären, wieso diejenigen, die damals während des Streiks die Streikenden als "Arbeitswillige" getarnt überfielen und gemeinsam mit der Polizei Jagd auf die Kollegen machten, heute nicht auf der Anklagebank saßen.

Auch der als Hauptbelastungszeuge bestellte und angeblich schwerverletzte Abteilungsleiter Zimmermann traute sich nicht mehr, die türkischen Kollegen wegen ihres entschiedenen Protestes gegen derartige Beschuldigungen zu belasten. Die beiden türkischen Kollegen mußten freigesprochen werden! Im Verfahren gegen Frank Kühne jedoch glaubte die Staatsanwaltschaft nicht so schnell nachgeben zu können, ging es doch darum, ein führendes Mitglied der Streik-

leitung und einen entschiedenen kommunistischen Kämpfer, Landtagskandidat der KPD in Leverkusen, zu kriminalisieren. So war denn der Staatsanwaltschaft jedes Mittel recht. Noch während des Prozesses erweiterte sie die Anklage von Nötigung auf gemeinschaftliche schwere Körperverletzung und Freiheitsberaubung (letzteres wegen der Einrichtung von Streikposten durch die Streikleitung!). In ihrem Plädoyer beantragte sie insgesamt 8 1/2 Monate Gefängnis mit Bewährung und 2000 DM Geldbuße mit der Begründung, Frank Kühne sei ein "Menschenverächter", er agitiere sogar noch vor Gericht, er zeige keine Einsicht usw.

Die Konsequenz davon war: Frank Kühne wurde von den Anklagepunkten Nötigung, Körperverletzung und Freiheitsberaubung freigesprochen. Um wenigstens das Gesicht nicht ganz zu verlieren, wurde er wegen Widerstandsleistung (er habe bei seiner Festnahme seine Schulter plus Arm bewegt) zu 300 DM Geldstrafe verurteilt.

ORTSGRUPPE KÖLN-NORD BERICHTET:

Nachträgliche Kriminalisierung des Ford-Streiks mißglückt

Am 20. 3. und 26. 3. fand in Köln der Prozeß gegen zwei türkische Kollegen und Frank Kühne wegen ihrer Beteiligung am Ford-Streik 1973 statt. Die RHZ berichtete in ihrer letzten Ausgabe darüber. Den türkischen Kollegen wurde gemeinschaftliche schwere Körperverletzung an einem Abteilungsleiter, Frank Kühne Nötigung sowie Widerstand gegen die Staatsgewalt vorgeworfen.

Die Rechnung des Staatsanwalts, auf diese Grundlage eine reibungslose Verurteilung zu erreichen, ging aber nicht auf: Wenn auch die Polizeizeugen sowie das Vorstandsmitglied von Ford, Bergemann und die Gewerkschaftsbonzen Lück und Kuckelkorn verzweifelt versuchten, die Mär aufzutischen, sie alle hätten mit dem brutale Polizeieinsatz, der die Niederschlagung des Streiks zum Ziel hatte, nichts zu tun gehabt, so zog es doch das Gericht vor, entsprechende Beweisanträge der Verteidigung, die die Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung, Geschäftsleitung und Polizei offenlegten, abzulehnen. So wollten sie der Frage entgegen, wie es kam, daß Kuckelkorn eine Art Spitzel-Fotoalbum während des Streiks anlegte



AUF KEINE KOMPROMISSE EINLASSEN wollte sich gestern das Streikkomitee. Türken-Sprecher Targun (Mitte) weist hier Mitglieder der Werksleitung (links) zurück. Im Hintergrund (mit Brille) Frank Kühne vom Streik-Komitee.

Zeitungsbericht vom Herbst 1973

und der Betriebsrat sich aktiv durch die namentliche Benennung von Streikteilnehmern und an der Verhaftung der Arbeiter beteiligte. Durch den entschiedenen Kampf des angeklagten Genossen vor Gericht gelang es jedoch, die Unsicherheit

Freiheit für Horst Mahler!



Bild:
Ostern 1968: Genosse Mahler bei einer Protestaktion gegen den Springer-Konzern, neben ihm Genosse Semler von der KPD.

In seiner Stellungnahme zur Lorenz-Entführung, die das Fernsehen übertragen mußte, hat der Genosse Horst Mahler klar gemacht, daß sein Platz an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse ist. Er hat uns allen auch bewiesen, daß die Isolierungs- und Vernichtungs-Strategie der Klassenjustiz gegenüber den politischen Gefangenen zum Scheitern verurteilt ist. Die Konsequenz, mit der Horst Mahler die proletarische Linie verteidigt, das Vertrauen, das er in die Arbeiterklasse und auch die ROTE HILFE setzt, muß für uns Ansporn und Verpflichtung sein, den Genossen freizukämpfen, damit er mit voller Kraft und revolutionärer Begeisterung seinen Platz an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse einnehmen kann. Der Genosse sagte:

"In der sich weltweit zuspitzenden Krise des Imperialismus nehmen diese Massenkämpfe sprunghaft in allen Bereichen zu und werden das kapitalistische System von Krise, Arbeitslosigkeit und politischer Unterdrückung sprengen. Anlässlich des Schauprozesses gegen Bäcker, Meinhof und mich im September des vergangenen Jahres habe ich in einer öffentlichen Kritik an der Strategie der RAF, die zugleich eine Selbstkritik war, klargestellt, daß mein Platz an der Seite der revolutionären Arbeiterklasse ist. Ich bin der festen Überzeugung, daß sich durch den Kampf der revolutionären Massen gegen diese kapitalistische Ausbeuterordnung die Gefängnistore für alle politischen Gefangenen öffnen werden und daß die gegen mich gefällten Terrorurteile hinweggefegt werden, weshalb ich es ablehne, mich auf diese Weise außer Landes bringen zu lassen."

Das ist eine Sprache, die die Bourgeoisie sehr wohl versteht! Uns muß klar sein: dieser Kampf wird langwierig sein, denn die Bourgeoisie wird alles daran setzen, den Genossen hinter Kerkermauern festzuhalten.

Schon als Anwalt lehrte Horst Mahler durch sein mutiges Auftreten vor Gericht den Staatsanwälten und Richtern das Fürchten, stellte sich konsequent auf die Seite der Unterdrückten, entlarvte mit Schärfe den Klassencharakter der Justiz dieses Landes. In der Kampagne gegen die volksverhetzende Springer-Presse stand der Genosse in den ersten Reihen, dafür verurteilte ihn die Klassenjustiz als Handlanger für den Reaktionär Springer zu 80 000 DM Schadensersatz. Genau so konsequent nahm Horst Mahler Partei für den antiimperialistischen Kampf der Völker, unterstützte aktiv die Organisation von Solidaritätsaktionen mit dem gerechten Kampf des vietnamesischen Volkes. Später schloß er sich den Anarchisten an. Unter dem Eindruck des Kampfes der KPD und der ROTEN HILFE machte er sich trotz der harten Bedingungen der Haft den Marxismus-Leninismus zu eigen und wurde ein proletarischer Revolutionär

Wir setzen uns zum Ziel, alle Mittel des Massenkampfes zum Aufbau einer starken Solidaritätsfront für die Freilassung von Horst Mahler einzusetzen. Wir können aus der Geschichte lernen, daß der Kampf zur Befreiung von politischen Gefangenen dann erfolgreich ist, wenn er Bestandteil einer revolutionären Politik ist, die Forderung nach Freilassung tief in der Arbeitervolksebene verankert ist. Je mehr gefangen gehaltene Genossen aus den Gefängniszellen heraus sich mit den Kämpfen der Massen verbinden, die von den Klassenkämpfen isolierten Widerstandsaktionen aufgeben, umso eher sind die Voraussetzungen für zukünftige Massenbewegungen für die Befreiung der eingekerkerten Genossen gegeben. So, wie Max Hölz in den 20er Jahren durch Massenbewegungen unter Anleitung der KPD befreit wurde, so wie es auch der verbotenen KPD nach 1956 gelang, einige Kämpfer aus den

Fängen der Klassenjustiz zu befreien, genauso müssen uns Erfolge wie die erzwungene Haftentlassung von Hans Marzini ermutigen, konsequenter die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen in die Stadtteile und Fabriken zu tragen. Das Terror-Urteil von 14 Jahren Gefängnis für Horst Mahler, gesprochen nach einer Farce von Prozeß, in dem selbst die minimalsten Rechte außer Kraft gesetzt wurden, muß annulliert werden. Die ROTE HILFE wird mit Energie den Aufbau einer starken nationalen und internationalen Solidaritätsfront für Horst Mahler in Angriff nehmen. Eine Dokumentation, die in verschiedene Sprachen übersetzt werden wird, soll die haarsträubendsten Rechtsbrüche dieses Terror-Urteils darstellen, aufzeigen, daß selbst nach bürgerlichem Recht das Urteil nicht haltbar ist, fallen muß. Der Kampf um die Freilassung von Horst Mahler muß sich einreihen in den weltweiten Kampf zur Befreiung der Gefangenen des Imperialismus. Die Klassensolidarität organisieren, die Forderung nach Freilassung von Horst Mahler und aller anderen politischen Gefangenen mutiger unter die Massen tragen, das ist für die ROTE HILFE eine bedeutende Aufgabe, die mit größerer Entschiedenheit zukünftig angepackt werden muß.

FREIHEIT FÜR HORST MAHLER!
FREIHEIT FÜR ALLE POLITISCHEN GEFANGENEN!

zusammen mit der Westberliner Bevölkerung:

Herbert Marks freikämpfen!

Herbert Marks sitzt seit dem 12. Februar in Untersuchungshaft. Wie viele andere hat er an diesem Tag für eine Kinderpoliklinik in Kreuzberg demonstriert, Flugblätter verteilt und Gespräche geführt.

Auch an diesem Tag hatte der SPD-Senat keine andere Antwort auf die berechtigten Forderungen der Bevölkerung als den totalen Polizeiterrror. In einem Stadtteil, wo 12000 Kinder von nur 2 Kinderärzten "versorgt" werden sollen, wo es keinerlei Notaufnahmeeinrichtungen für erkrankte Kinder gibt, wo schon mehrere Kinder sterben mußten, weil nicht rechtzeitig medizinische Hilfe zur Stelle war, da knüppelt die Polizei den Protest der Bevölkerung nieder, fahren Tag und Nacht Mannschaftswagen durch die Straßen, kontrollieren willkürlich "verdächtige" Personen, lassen sich den Tascheninhalt vorführen...

Bei einem solchen Polizeiberfall auf Demonstranten wurde Herbert festgenommen. Ihm wird vorgeworfen, einen Farbbeutel geworfen zu haben. Da das aber nicht ausreicht, jemanden exemplarisch in U-Haft zu halten, schaffte sich die Klassenjustiz neue Gründe:

- Das ihm vorgeworfene "Verbrechen" soll deshalb besonders kriminell sein, weil es in organisierterm Rahmen verübt wurde;
- die KPD würde ein reges Interesse an seiner Flucht haben und die Angelegenheit verdunkeln wollen;
- er lebe in leicht lösbaren Verhältnissen, obwohl er feste Arbeit und Wohnung hat, in der er mit seiner Verlobten und dem fast 2-jährigen Kind lebt.

Diese "Gründe" reichen dem Haftrichter und er ordnete U-Haft wegen Landfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt an.

Bei dem Haftprüfungstermin am 25. Februar kam es aber noch dreister: Um ganz sicher

zu gehen, zauberte der Staatsanwalt neue "Gründe" aus der Tasche:

- Die bei Herbert gefundenen Glasmurmeln seien Mordwaffen; unter Umständen könne man damit einen Schädel zertrümmern;
- Seine Stiefel seien Tatwaffen, da sie besonders gut zum Treten seien!

Diese Hinweise genügten dem Richter, nun wegen schwerem Landfriedensbruch und schwerem Widerstand gegen die Staatsgewalt den Haftbefehl aufrechtzuerhalten!

Dazu kommen die täglichen Schikanen in der U-Haft. Die Zelle, in die man Herbert steckte, war völlig verdreckt, Putzblätter von den Wänden und der Fußboden ist wie in allen Gefängnissen miserabel. Er hat aber den "Vorzug", in der U-Haft für über 700.-DM bar im Voraus ein Essen von außerhalb bestellen zu können. Welch ein Vorzug, wo er nun keinen Pfennig verdient und es ihm bis heute nicht möglich war, über eine Vollmacht an den Rest seines Januarlohnes zu kommen. Auch wird es ihm nicht gestattet, wichtige persönliche Dinge mit seiner Schwester in einer Sondersprechstunde zu besprechen. 20 Minuten einmal in 14 Tagen müssen für die Gespräche mit seiner Verlobten, mit Freunden und seiner Schwester genügen!

Diese Behandlung steht aber nicht vereinzelt da, sie ist die Regel hinter den Gefängnismauern. Sie soll alle fortschrittlichen Menschen einschüchtern, vom Kampf abhalten. Sie soll zeigen: Arrangiere dich mit der Bourgeoisie, auch in Zeiten der Krise, halte still, sonst geht es dir wie Herbert Marks und den vielen anderen, die wegen ihres Kampfes hinter Gitter geschleppt,

diskriminiert und beschimpft werden.

Wir dagegen organisieren die Solidarität der Arbeiterklasse. Und diese Solidarität dringt durch alle Mauern. Die ROTE HILFE sammelt in den Häusern und in den Stadtteilen, daß die Familie was zu essen hat, daß Herbert regelmäßig Zeitungen zu lesen bekommt.

In Moabit in seinem Haus organisierte die ROTE HILFE eine Hausversammlung, auf der die Solidarität mit seiner Familie gefestigt wurde. Wir werden in den Stadtteilen Veranstaltungen durchführen, um die Solidaritätsfront zu verbreitern, und am 12. April eine Demonstration dort, wo der Genosse verhaftet wurde, durchführen.

Der Kampf um die Freilassung politischer Gefangener bedeutet nicht nur, die Justiz unter Druck zu setzen, den Gefangenen freizulassen, sondern heißt: Überall dort, wo gegen Ausbeutung und Unterdrückung gekämpft wird, die Anstrengungen verdoppeln! Immer mehr Kollegen wird dabei klar, woher Ausbeutung und Unterdrückung kommen, in wessen Interesse z. B. die Stadtautobahn durch Erholungsgebiete wie Rehberge gebaut wird. Es wird klar, daß die Knüppelsätze vor Arbeitsämtern verhindern sollen daß die Arbeitslosen sich zusammenschließen und auch in der Krise um ihre berechtigten Forderungen kämpfen.

Die Androhung von hohen Strafen, die Verleumdungen halten aber den Kampf nicht auf, gerade dadurch wird erst besonders eindringlich, daß dieser Staat nicht der unsere sein kann, daß er nicht daran interessiert ist, unsere Probleme zu lösen. Unser Ziel ist deshalb der Aufbau des Sozialismus! Deshalb kämpft mit gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für die Freiheit aller politischen Gefangenen.

SPENDET
auf das Konto der ROTEN HILFE:
PöSchK 308 551 - 102 Bln-W ("Bethanien")!

Ein heißes Eisen

Der Prozeß gegen den Vorsitzenden unseres Landesverbandes Westberlin, Gen. Hartmut Schmidt, ist vorläufig vertagt worden. Wir berichteten bereits, daß es hier für die Klassenjustiz um alles oder nichts gehen wird; im Strafbefehl über 2000.-DM heißt es wörtlich:

... weil Sie die "presserechtliche Verantwortung für ein am 17. 7. 74 verbreitetes Flugblatt der Roten Hilfe übernahmen, in dem es der Wahrheit zuwider heißt: Mobile Einsatzkommandos der Polizei seien 'Killertruppe', 'Polizeiüberfälle' würden auf die für eine Kinderpoliklinik Bethanien kämpfende Bevölkerung begangen. Es gebe 'Polizeimorde an dem Mannesmann-Arbeiter Günther Routhier in Duisburg' und einen versuchten 'Mord während der Frankfurter Kämpfe gegen die Fahrpreiserhöhungen an dem Schüler Thomas Hytrek'. Es würden Zeugen 'beeinflusst oder gekauft', Karl-Heinz Ruhland sei ein von der Polizei gekauftes Subjekt'. Routhier sei von der Polizei in Duisburg 'erschlagen' worden. In der Strafanstalt Tegel betreibe ein gewisser Dr. Borz sein Unwesen. Kranke oder verletzte Gefangene würden von ihm entweder gar nicht behandelt oder er pumpt die Patienten mit Drogen voll. So ließen sie wie lebendige Leichen rum, völlig willenlos und immer stärker von Drogen abhängig. Viele Gefangene würden auf diese Weise in Gefängnissen zu Drogenabhängigen."

Schon aus der "Zusammenfassung" des Herrn Staatsanwalt kann jeder klassenbewußte Arbeiter ersehen, daß dieses Flugblatt der ROTEN HILFE die Wirklichkeit der umfassenden Unterdrückung im Imperialismus auf den Kopf getroffen hat. Deshalb fällt es der Klassenjustiz heute auch nicht leicht, diesen Prozeß anzupacken. Er ist ein heißes Eisen für sie. Würde z. B. von den Angeklagten und ihren Zeugen bewiesen, daß es richtig ist, Karl-Heinz Ruhland als gekauftes und beeinflusstes Subjekt zu bezeichnen, kämen alle die vielen Terrorurteile, bei denen Ruhland den Kronzeugen spielte, ins Wanken. Diesem Prozeß muß das besondere Augenmerk aller fortschrittlichen Menschen gelten!

Neue unverschämte Anklage gegen Genossen Kunzelmann



Bild: Am Tag der Haftentlassung

Am 7. März mußte der Genosse Dieter Kunzelmann nach über 4-jähriger Haft freigelassen werden. Dank der breiten Solidaritätsbewegung, die seine sofortige Freilassung gefordert hatte, gelang es der Staatsanwaltschaft auch mit neuen Anklagen gegen den Genossen nicht, seine Haft zu verlängern. Die revolutionäre Haltung des Genossen im Gefängnis, der Zusammenschluß der Gefangenen haben ihm blinde Wut und alle nur erdenklichen Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie eingetragen. Seit der Genosse bei den Senatswahlen für die KPD kandidierte, seit er in den Reihen des Landesvorstands Westberlin der ROTEN HILFE kämpft, fürchtet die Bourgeoisie ihn nicht weniger, kann der Genosse doch jetzt im Betrieb und auf der Straße noch vielfältiger als im Gefängnis für die Freilassung der politischen Gefangenen und ein sozialistisches Gesellschaftssystem in Deutschland eintreten. Diese Tatsache hat die Staatsanwaltschaft zu einer erneuten absurden Anklage veranlaßt: Wegen "Beteiligung an einer verbotenen Versammlung" - der Kundgebung, die die ROTE HILFE am Tag seiner Freilassung vor dem Tegeler Gefängnis abhielt (!) - soll er einen "Landfriedensbruch" begangen haben!

Offener Brief an die Mitglieder der „RHD“ zum Programm und Statut der „RHD“:

Vor fast 2 Monaten wurde in Dortmund in aller Heimlichkeit die sog. "Rote Hilfe Deutschlands" (RHD) gegründet und ihr Programm und Statut verabschiedet. Zwei Monate später am 22. 3. 75 trat die "RHD" mit ihrem Programm in Hamburg an die Öffentlichkeit.

Kollegen! Genossen!

Die konkreten Aufgaben, die das Programm der "RHD" nennt, das sind wichtige Aufgaben der Roten Hilfe. Nur wird die "RHD" diese Aufgaben nie erfüllen können, weil sie darauf verzichtet, die konkreten Aufgaben des Klassenkampfes im revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter und des Volkes zur Verwirklichung des Ziels, der sozialistischen Revolution, in der BRD anzugeben und zu entwickeln. Die politische Linie der "RHD", allem "links" radikalen Wortgeklingel zum Trotz, Ausdruck des Zurückweichens vor den aktuellen Kämpfen.

GEGEN AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG...

kämpfen die Arbeiterklasse und das Volk. Die "RHD" aber ist auf einem Auge blind. Ihr Programm teilt den Klassenkampf fein säuberlich in Abteilungen. Die "RHD" ist nur für die Unterdrückung zuständig. Wirtschaftliche Kämpfe führt sie nicht. Streikende Arbeiter und Arbeitslose können auf die "RHD" nicht zählen. Die Bedürfnisse der Millionenmassen des Proletariats, ihre gegenwärtigen Nöte, sind für die KPD/ML und ihren Wurmfortsatz "RHD" nicht interessant - "noch nicht", erst im nächsten Stadium ihres "Parteaufbaus" - kann sich die KPD/ML um die Volksmassen kümmern. Jetzt, so sagen diese angeblichen Kommunisten, müssen wir erst einmal die Vorhut der Arbeiterklasse organisieren. Dieser "Stadientheorie" entsprechend, stellt uns das "RHD"-Programm die KPD/ML als "die kommunistische Partei" vor, charakterisiert sie aber nicht etwa als die führende Kraft des Kampfes der Arbeiterklasse und der Volksmassen (das wäre auch lächerlich) sondern als die von der Kapitalistenklasse angeblich am meisten angegriffene Organisation. Daraus folgt für die "RHD", daß die Roten Helfer vor allem die Pflicht haben, die KPD/ML zu schützen.

Vor der Pflicht, die brennenden Probleme der Arbeiterklasse anzupacken und dem Volk hier und heute zu dienen, drücken sich die "RHD"-Programmatiker lieber. Zu ihrer Rechtfertigung führen sie aus, daß vor vierzig Jahren, als tausende und abertausende proletarische Gefangene z. B. wegen ihrer Teilnahme an den bewaffneten Kämpfen 1918 bis 1923 eingekerkert waren, die Rote Hilfe auch vorwiegend den Kampf für die Freiheit der politischen Gefangenen geführt hat. Sie "vergessen" lieber, daß es heute im Vergleich dazu wenige und hauptsächlich auf Grund ihrer anarchistischen Gesinnung und Praxis dem Kampf des Proletariats und der Volksmassen fernstehende politische Gefangene eingekerkert sind. Sie "übersehen" lieber, daß die Rote Hilfe 1929 diese falsche Auffassung selbstkritisch überwunden hat und mit großer Energie den Kampf gegen das Massenelend der Arbeitslosigkeit aufgenommen hat.

Die "RHD" erklärt sich für dieses Elend nicht zuständig. Die allgemeine Bestimmung ihrer Zuständigkeit lautet im "RHD" Programm: "Überall da, wo das Volk unterdrückt wird und sich dagegen erhebt, ist die Kampffront der Roten Hilfe" (S. 7) Die Bezugnahme auf den Kampf des Volkes soll verschleiern, daß die "RHD" als Sanitätstrupp konzipiert ist, der der

KPD/ML hinterhertrötet. Diese Phrase verrät uns, daß die "RHD" sich nicht als organisierter Trupp der Arbeiterklasse und des Volkes versteht, der die Massen in den Kampf führt und die proletarische Selbsthilfe organisiert, sondern als nachtrabender Haufen, der nur da, wo sich das Volk bereits zum Kampf gegen die Unterdrückung erhoben hat, die Solidarität zu "entfalten" beabsichtigt. Wo das Volk aber gegen die kapitalistische Ausbeutung kämpft, da sind den "RHD"-lern die Hände gebunden. Das ist nicht ihre Kampffront.

Was für ein Unsinn! Wir sagen, daß für alle, die wirklich die Sache der Arbeitersache vertreten, gilt: "Jede Besserung, jede wirkliche Besserung in der Lage der Massen, sei es eine ökonomische oder eine politische, müssen wir unterstützen." (Lenin). Es gibt keine besonderen Kampffronten für die Rote Hilfe! Die Rote Hilfe muß ihre Aufgabe im gemeinsamen Kampf der Arbeiterklasse und des Volkes gegen Ausbeutung und Unterdrückung erfüllen!

DIE REVOLUTIONÄRE ARBEITER- UND VOLKSEINHEIT FÜR DEN SOZIALISMUS SCHMIEDEN!

Das "RHD"-Programm unternimmt mit seinen "Kampffronten" gegen die Unterdrückung einen mißglückten und in der Konsequenz kapitulanten Versuch der Verallgemeinerung der Aufgaben der Roten Hilfe. Im Programm ist kein Wort über den Beitrag der Roten Hilfe im Kampf für den Sozialismus enthalten. Es genügt nicht, einerseits das Ziel, den Sozialismus, zu nennen und andererseits die konkreten Aufgaben der Organisation katalogartig danebenzustellen. Das Programm muß allgemein Antwort auf die Frage geben, mit welcher politischen Linie die Rote Hilfe den Kampf führt und die proletarische Klassensolidarität organisiert. Nichts davon im "RHD"-Programm!

Unsere Antwort lautet: Die revolutionäre Rolle der ROTEN HILFE besteht darin, daß sich klassenbewußte Arbeiter und fortschrittliche Menschen aus allen Teilen des Volkes zusammenschließen gegen den Feind, unter der Führung des Proletariats gegen die Monopolbourgeoisie und ihren Staat: Klasse gegen Klasse!

Wir wollen dazu beitragen, im Kampf für die sozialistische Revolution die Arbeitereinheit und die Volkseinheit zu schmieden. Die ROTE HILFE leistet diesen Beitrag, indem sie die Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten organisiert. Die politische, moralische, materielle und juristische Unterstützung hilft nicht nur zu verhindern, daß die Kampffront vom Klassenfeind gespalten wird oder einzelne aus ihr herausgebrochen werden; die von der Roten Hilfe organisierte proletarische Selbsthilfe läßt die Rote Front für den Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung erstarben!

Den Klassenbrüdern solidarische Hilfe leisten - das bedeutet vor allem auch, sie in den Kampf einzubeziehen, sie zu organisieren. Andernfalls würden wir nur eine vorübergehende Linderung der Not bewirken. Deswege bestimmen wir im Gegensatz zum "RHD"-Programm neben der moralischen, materiellen und juristischen Hilfe ausdrücklich die politische Hilfe als unsere Aufgabe. Damit meinen wir:

SOLIDARITÄT

Sanitätstrupp der KPD/N oder Kampf für revolutionär Arbeiter- und Volkseinheit

Wir müssen am Kampf derer, die von den Unterdrückern bedrängt und verfolgt werden, teilnehmen, soweit er richtig ist. Soweit er dies nicht ist, muß die Rote Hilfe Kritik üben. Denn der ideologische Kampf ist untrennbarer Bestandteil der proletarischen Solidarität. Die Solidarität der ROTEN HILFE mit den Gefangenen der RAF war im Gegensatz zur Politik der KPD/ML und der "RHD"-Gründer stets mit dem Ziel verknüpft, diese politischen Gefangenen für den revolutionären Standpunkt des Proletariats zu gewinnen. Die ROTE HILFE geht bei ihrer solidarischen Kritik vom wissenschaftlichen Sozialismus aus. Diesen ideologischen Kompaß haben wir gemeinsam mit den Kommunisten. Mit ihnen verbindet uns eine enge Kampfgenossenschaft. Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) ist die einzige Partei, die bedingungslos die proletarische Solidarität gemeinsam mit der Roten Hilfe durch die Mobilisierung der Massen organisiert. So hat sie für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit ein 9-Punkte-Programm entwickelt. Auf dessen Grundlag hat sie zusammen mit uns Arbeitslosenausschüsse gegründet. Diese haben die Aufgabe, Arbeitslose und Arbeiter im Betrieb zusammenzufassen und gemeinsam konsequent für die Durchsetzung des 9-Punkte-Programms zu kämpfen, die geschlossene Solidarität den Spaltungsversuchen entgegenzustellen. Dafür, daß das Arbeitslosengeld sofort ausgezahlt wird. Für ein Arbeitslosengeld in Höhe des Nettolohns. Dafür, daß kein ausländischer Kollege benachteiligt wird, daß Schikanen, denen die Arbeitslosen ausgesetzt sind, beseitigt werden!

So werden wir im Kampf um die Freilassung der politischen Gefangenen mit der KPD den Kampf gegen das Terrorurteil gegen den Genossen Horst Mahler aufnehmen, der selbst noch nach bürgerlichem Gesetz widerrechtlich - ohne die Spur eines Beweises - verurteilt worden ist, allein wegen seiner politischen Gesinnung. Für die Mehrheit der Mitglieder unserer Organisation hat es sich erwiesen, daß in der BRD und Westberlin sie KPD die führende Kraft in den Kämpfen der Arbeiterklasse und des Volkes ist. Deshalb hat die ROTE HILFE immer wieder die KPD unterstützt, z. B. bei den verschiedenen Landtagswahlen. In der ROTEN HILFE hat die KPD die Führung inne. Diese Führung beruht auf im Kampf erworbenem politischem Vertrauen und wird mit demokratischen Methoden ausgeübt. Formaljuristische Fallstricke im Statut werden zur Verteidigung der proletarischen Linie unserer Organisation nicht benötigt, ja sie wären schädlich.

DIE PROLETARISCHE DEMOKRATIE ENTFALTEN

Daß im Gegensatz dazu nach dem Statut der "RHD" die Delegierten nicht etwa von den ständig arbeitenden Grundorganisationen gewählt werden, sondern von Organen, die nicht öfter als einmal im Jahr (!) zusammentreten müssen (§9), ist ein Hohn auf die proletarische Demokratie. Im Zusammenhang damit legen auch die Paragraphen 2 und 11 des Statuts der "RHD" den Eindruck nahe, daß die KPD/ML in der "RHD" von der Gründung an ein bürokratisches Kommando regierte

Mitglieds sind äußerst gering: es darf gerade mal an der "Erörterung" aller Fragen der "RHD" teilnehmen. Die Verfasser des Statuts der "RHD" befürchten offenbar dasselbe, was wir hoffen: daß nämlich die Mitglieder der "RHD" ihr Bekenntnis zur proletarischen Solidarität ernst meinen und entschlossen sind, als Rote Helfer und Kämpfer zugleich auf revolutionäre Weise solidarische Hilfe zu organisieren.

Darum wenden wir uns an Euch, Kollegen und Genossen! Deswegen wenden wir uns an die Mitglieder der "RHD"! Wir sind bereit, mit der "RHD" praktisch zusammenzuarbeiten und in dieser Zusammenarbeit die ideologische Auseinandersetzung zu führen. Aber wir sagen auch klar: Die Gründung der "RHD" bedeutet keine Stärkung der revolutionären Kräfte. Allein schon die gemeinen Verunglimpfungen der Genossen Mahler und Kunzelmann durch KPD/ML und "RHD"-Gründer beweisen, daß die "RHD" keine "Waffe im Kampf der Werktätigen für ihre Befreiung, für die proletarische Revolution und für den Sozialismus" ist (Programm der "RHD", S. 14) sondern ein Hindernis. Nicht Klassensolidarität, sondern Spaltung, linksopportunistische Phrasen und Zurückweichen vor den Aufgaben des Klassenkampfes - das ist die Linie der "RHD". Dieser Linie entspricht ihre Praxis, nicht zuletzt auch der bisherige Aufbau der "RHD" bis zur "Gründung". Diese Gründung der "RHD" dieses seit über einem Jahr geplante Spaltungsprojekt der KPD/ML, ist ein Angriff auf revolutionäre Klassensolidarität und insbesondere auch auf unsere Organisation die ROTE HILFE!

Die Arbeiterklasse braucht eine einheitliche Solidaritätsorganisation auf revolutionärer Grundlage! Gegen Arbeitsloseneind, Polizeiterror und bürgerliche Klassenjustiz, gegen politische Entlassungen und Gewerkschaftsausschlüsse!

Proletarische Klassensolidarität für den Sozialismus!

VORWÄRTS MIT DER ROTEN HILFE!

Köln, den 26. 3. 75

Zentralvorstand der ROTEN HILFE

Broschüren

Broschüre des Rote Hilfe Komitees Westberlin zum 1. Prozeß gegen Horst Mahler. Erschienen 1973. A-4, 53 S. 1.-DM

Broschüre der ROTEN HILFE zum Prozeß gegen Mahler, Meinhof und Bäcker im Herbst 1974. A-4 10 S. -.50 DM

Dokumentation der ROTEN HILFE und des Initiativkomitees Arbeiterhilfe zum Mordversuch an Manfred Maaecker in Hamburg. A-4 24 S. 1.-DM

Programm und Statut z. Zt. vergriffen. Ebenso die Broschüre zur "RHD": Spaltung und Kapitulanten statt Klassensolidarität.

Bestellungen an: ROTE HILFE-Vertrieb, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

INDOCHINA ...

Fortf. von S.1

Organisationen wie das Deutsche Rote Kreuz appellieren an die "humanitären Verpflichtungen eines jeden Bundesbürgers, diesem "ungeheuren Elend" ein Ende zu setzen durch materielle Unterstützung. Der letzte Groschen soll dem Arbeiter aus der Tasche gezogen werden.

Welcher Zynismus steckt hinter diesem scheinheiligen Auftreten! Ihnen ist nur an zwei Dingen gelegen:

Erstens: die Siege der Volksbefreiungsstreitkräfte, die nur möglich sind, weil es eine Armee des Volkes ist, sollen vertuscht werden. Die Siege sind nur möglich, weil das Volk seine Armee allseitig unterstützt, während Thieu, dessen Soldaten nur solange für ihn kämpfen, wie der Dollar rollt, keinerlei Rückhalt im Volk mehr hat.

Zweitens: sie wollen ihre "Hilfsmassnahmen" als solche hinstellen, die dem Volk zu gute kommen und damit ihre neokoloniale Politik verschleiern. Weder die USA-Imperialisten noch die BRD Imperialisten, die sich jetzt päpstlicher als der Papst aufführen und erneut dem Thieu-Banditen riesige Summen zuschanzen, um ihn in seinem wüsten Treiben auch noch zu stärken, haben das Recht, von humanitärer Hilfe und menschlicher Ethik zu sprechen. Alle ihre auf das menschliche Gefühl bezogenen Äusserungen sind Lüge und Betrug.

WAS IST WIRKLICH LOS IN VIETNAM ?

Als die nationale Befreiungsfront Süd-Vietnam das Pariser Friedensabkommen erkämpft hatte, welches den Abzug der USA-Imperialisten, die Bildung einer gemeinsamen Regierung der nationalen

Einheit, friedliches Nebeneinander der Gebiete der Saigoner Verwaltung und der provisorischen Revolutionären Regierung festlegte, glaubten die Menschen in der ganzen Welt, dass der grausige Aggressionskrieg der USA-Imperialisten nun ein Ende habe. Lediglich in den befreiten Gebieten herrschte breite Demokratie für das vietnamesische Volk. Die einzigen, die sich nicht an das Friedensabkommen hielten, waren die USA-Imperialisten und die von ihnen ausgehaltene und gestützte Thieu-Klique. Er liess die befreiten Gebiete bombardieren und überfallen und trieb die Bevölkerung in den von ihm beherrschten Gebiet zusammen, um es besser kontrollieren und terrorisieren zu können. Hunderttausende von Vietnamesen sind immer noch unter Gewalt in KZ zusammengefercht. Die sich in panischer Angst befindende Elitetruppe von Thieu treibt die Vietnamesen unter vorgehaltenen Maschinengewehren vor sich her, um ihre eigene Haut zu retten und sie in die KZ einzufahren. - Das sind die von den Tintenkulis immer wieder beschworenen Flüchtlinge. Um sich überhaupt noch retten zu können, begeben sie sich in den Schutz der Bevölkerung. - Der über zwei Abende im Fernsehen übertragene Film über die grausamen Ereignisse auf dem Flughafen hat allen deutlich vor Augen geführt, wer hier um sein Leben rennen muss, weil sie so verhasst sind im Volk, wer eigentlich abtransportiert wird, nicht das vietnamesische Volk, sondern die skrupellosen, verbrecherischen Soldaten Thiens. Im Flugzeug war lediglich eine Mutter mit Kind, sonst alles Menschenschlächter. Mit dem zunehmenden Überfällen und dem Terror von Thieu auf die befreiten Gebiete entschlossen sich die Vietnamesen nicht nur, die bereits befreiten Gebiete zu verteidigen,

Es handelt sich eben nicht wie die Drecksfinfen in der bürgerlichen Presse behaupten, um eine "Kommunistische Grossoffensive", sondern es ist der erbitterte Kampf des südvietnamesischen Volkes um die strikte Einhaltung und Durchsetzung des Pariser Friedensabkommens. Der französische Journalist, der aufdeckte, dass nach der Befreiung Ban Me Thuot nicht "Aggressoren aus dem Norden des Landes" in die Stadt einzogen, sondern Verbände der umliegenden Bergstämme, wurde aus diesem Grund von den Schergen Thiens ermordet.

Unsere Aufgabe ist es jetzt, dafür zu sorgen, daß keine imperialistische Macht es mehr wagt, Hand an die befreiten Gebiete in Vietnam und Kambodscha zu legen und alle Kräfte anzustrengen, um den Wiederaufbau des Landes materiell zu unterstützen. Von der Bundesregierung fordern wir die sofortige diplomatische Anerkennung der Provisorischen Revolutionsregierung Südvietnams. Beteiligt Euch an der Demonstration in Mannheim am 19.4.!

AUFRUF

Am 22. Juni 1975 beginnt in Spanien der Prozeß gegen die Revolutionäre, die bei den großen Demonstrationen am 1. und 2. Mai 1973 in Spanien verhaftet wurden und seitdem in den Gefängnissen des faschistischen Franco-Regimes gefangengehalten und gefoltert werden.

In vorderster Front der Angeklagten stehen die Genossen Luis Fernandez, Enrique Benitez de Lugo, Jorge Diz Gomez und Virginia Fernandez Peragon. Die meisten Anklagen sind erhoben wegen verbotener Mitgliedschaft in der FRAP (Revolutionäre Antifaschistische und Patriotische Front) und der Kommunistischen Partei Spaniens / Marxistischen-Leninisten. Strafen bis zu 18 Jahren Gefängnis sollen ausgesprochen werden.

Gerade gegenwärtig, wo die Kämpfe des spanischen Volkes mit den Massenstreiks der Arbeiter, Bauern, Lehrer und Studenten im vergangenen Herbst einen gewaltigen Aufschwung genommen haben, wo sich der Haß des spanischen Volkes gegen das faschistische Franco-Regime auch mit den brutalsten Mitteln nicht mehr eindämmen läßt, wo die Reihen der von der FRAP initiierten Komitees der Volkseinheit von Tag zu Tag größer werden, ist das spanische Volk auf die Befreiung seiner besten Kämpfer angewiesen!

Die ROTE HILFE ruft alle Arbeiter und Werktätigen, die Hausfrauen und Rentner, Schüler und Studenten auf: Kommt zu den

am 13. April in Frankfurt, München, Düsseldorf und Wetberlin) anlässlich des 44. Jahrestages der Gründung der Republik in Spanien. Kämpft mit uns für die Freiheit der politischen Gefangenen in Spanien!

Veranstaltungen der FRAP

Interview der RHZ mit Petros Stangos

RHZ: Genosse, wir freuen uns sehr, daß wir Dich heute hier in Köln sprechen können und überbringen im Namen des Zentralvorstands der ROTEN HILFE Dir und Deiner Organisation, der REVOLUTIONÄREN KOMMUNISTISCHEN BEWEGUNG GRIECHENLANDS die herzlichsten Kampfgrüße.

Wie hat die E. K. K. E. in den Klassenkampf in Griechenland eingegriffen, der im Juli 1974 zum Rücktritt der USA-bhörigen Junta führte? Welche Ziele verfolgte die Bourgeoisie mit der Verhaftung von Dir und den anderen Revolutionären der E. K. K. E. ?

PETROS STANGOS: Nach dem Novemberaufstand waren die E. K. K. E. und die A. A. S. P. E. die einzigen Organisationen, die gegen alle abwiegelungsversuche der Revisionisten an dem unnachgiebigen Kampf gegen die Terrorwelle der Gizikis- und Ioannidis-Clique festhielten. Entgegen den Beteuerungen der bürgerlichen Opposition und ihrer Anhänger, der Revisionisten "wir befinden uns in der Defensive", entfachte sich auf Initiative der A. A. S. P. E. in den Universitäten der organisierte Vorlesungsboykott, der in den Streikkomitees die Hauptmasse der Studenten zusammenschloß. Deshalb waren wir der Reaktion ein Dorn im Auge. (...)

RHZ: Wie wurde in Griechenland für Eure Freilassung und die Freilassung aller politischen Gefangenen gekämpft?

PETROS STANGOS: Nach der Verhaftung unserer Genossen wuchs die Zahl unserer aktiven Sympathisanten enorm. Oft brachten sich Arbeiter und Werktätige selbst in Gefahr, um unsere Genossen vor der Reaktion zu verbergen und verzichteten auf das Notwendigste, um sie auch materiell zu unterstützen.

RHZ: In Eurem Kampf gegen die Folter wart Ihr uns ein großes Vorbild. Wie habt Ihr den Kampf geführt, was bedeutete die Solidaritätsbewegung für Euren Kampf?

PETROS STANGOS: Wie immer und überall haben die Faschisten auch diesmal die unmenschlichsten Methoden angewandt, um Namen und Verstecke aus unseren Genossen herauszubekommen. Ihre Wut wurde noch größer, als der Kampf unserer Organisation weiterging, als die Lüge der faschistischen Presse über die angebliche totale Ausbe-

bung der E. K. K. E. und der A. A. S. P. E. entlarvt wurde. Es zeigte sich noch einmal: In unserem Kampf kommt es vor, daß wir vorübergehend taktische Niederlagen hinnehmen müssen. Man kann aber eine Organisation, die sich im Volk wie der Fisch im Wasser bewegt, nie zerschlagen und ein für allemal liquidieren. Es zeigte sich, daß im Gegenteil die Ausstrahlungskraft unserer Politik dadurch noch größer wurde.

Folterknechte sind nicht einfach Sadisten, sondern speziell ausgebildete Agenten, die die reaktionäre Gewalt der Bourgeoisie gegen die Volkskämpfe anwenden. Speziell bei mir haben sie es versucht hauptsächlich mit Elektroschocks an den empfindlichsten Stellen des Körpers, Isolation, systematische Unterernährung, Wasserentzug, 121 Tage langer Fesselung, teilweise nach hinten, Aufhängung und Schlaflosigkeit (ich war in einer Zelle mit Zementboden ohne jedes Inventar). Für uns alle in den Kellern der Gendarmerie war es eine starke Waffe zu wissen, daß die Kräfte der griechischen Arbeiterklasse unbesiegbar sind. Zu wissen, daß der Kampf von unserer Organisation weitergeführt wird und daß wir mit der entschiedenen Solidarität aller Antifaschisten zu rechnen hatten. (...) Der internationalen Solidarität ist es zu verdanken, daß die Faschisten, die sogar vor unserer Ermordung nicht zurückschreckten, uns nicht umgebracht haben. Im Namen der E. K. K. E. - Genossen und der Kämpfer der A. A. S. P. E. möchte ich all denjenigen, die an dieser Solidaritätsbewegung mitgewirkt haben, auch den Genossen der ROTEN HILFE, herzlich danken. Daß unsere Genossen jeder in seiner Zelle jeden Tag die Internationale sangen, das Zeichen des Radiosenders Tirana pfeifen oder auch durch "Funk"-Zeichenklopfen an die Wand die Isolation durchbrachen, hat die Moral der Faschisten zermürbt, ihre Ohnmacht deutlich gemacht, hat gezeigt, daß man auch in den Folterhöhlen den Klassenkampf führen kann. Zu dem Schluß, einen Monat vor unserer Freilassung, haben die Faschisten keinen Ausweg mehr gewußt, sie waren praktisch die Besiegten. In ihrer Wut und Verwirrung haben sie uns z. B. die einzelnen Aktionen der Solidaritätsbewegung mitgeteilt, wodurch unsere Kampfschlossenheit noch mehr anwuchs. Wir haben in dieser Zeit wertvolle Erfahrungen gesammelt und sind für die Zukunft noch besser für solche Kämpfe gerüstet.

Wendet Euch an die Rote Hilfe

Zentrale: 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

NRW

Landesvorstand und OG Dortmund: 46 Dortmund, Burgholzstr. 13 Tel. 0231/813/63 Mo 17-19, Di 18-20, Sa 15-17

OG Köln-Süd: 5 Köln 1, Severinstr. 55 Sprechstunde Mo 17-19
Initiative Münster: Sitzung jeden Di 19.30 Gaststätte Kronenburg, Hammerstr. 37
Initiative Köln-Nord: Sitzung jeden Mo 19.30 Gaststätte Niehler Klaus. Nippes

Bayern:

Landesvorstand: 8 München 80, Milchstr. 21 Sprechstunde Mi 17-19 Uhr
Ortsgruppen: München, Milchstr. 21 Sitzung Mi 19 Uhr
Augsburg-Oberhausen, Eichlerstr. 1, Fr 20 Uhr
Nürnberg, Gaststätte Loos-Garten, Gibitzenhofstr. 188, Do 20 Uhr

Hessen

Landesvorstand und OG Frankfurt, 6 Frankfurt-Bockenheim, Mühlgasse 26
Tel. 0611/776501 Mo und Mi 17-19 Uhr
Sitzung: Di 20 Uhr; Sprechstunde: Sa 14-16

Nord

Landesvorstand: 2 Hamburg 50, Ottenser Marktplatz 7, Tel. 040/392673 Di + Fr 17-19
Ortsgruppen: Hamburg, Im Bierhaus, Ecke Schulterblatt/Schanzenstr. Mi 19.30
Bremen-Vegesack, Gaststätte Zur Eiche, Geord-Gleistein-Str. Di 16-17

Baden-Württemberg:

OG Stuttgart: c/o Internationale Buch- und Zeitschriftenhandlung
7 Stuttgart, Hausmannstr. 122a
Sitzung: Stu.-Cannstadt, Gaststätte Rosenau, Hallstr., Fr 17 Uhr

Westberlin:

Landesvorstand: 1 - 65, Togostr. 78 Tel. 030/4523021 Mo-Fr 18-20
Ortsgruppen: Moabit, Wacholderbusch, Erasmusstr., Mi 20 Uhr
Wedding, Sprengelstuben, Sprengelstr., Mi 19 Uhr
Neukölln, Parkrestaurant, Nogat-/Kirchhofstr., Mi 19.30
Kreuzberg, Max und Moritz, Oranienstr. 162, Mi 19.30

Beitritterklärung

Ich möchte Mitglied der ROTEN HILFE werden.
Ich erkenne Programm und Statut an und verpflichte mich, monatlich DM Mitgliedsbeitrag zu zahlen.

Name:
Wohnort:
Straße:
Beruf:
Alter:

Unterschrift:

Konto-Nr. 001 096 214 Stadtparkasse Dortmund.

Einsenden an eins der ROTE HILFE-Büros!

Bestellschein

Ich bestelle ab die ROTE HILFE - Zeitung zum Abonnements-Preis von

halbjährlich 4,80 DM
jährlich 9,60 DM
Förderabonnement
jährlich 20,- DM

Das Geld habe ich im Voraus auf das Vertriebskonto der ROTEN HILFE PSchA Dortmund 37683 - 467 überwiesen.

Name:
Adresse:
Beruf:

Unterschrift:

Einsenden an ROTE HILFE, 5 Köln 30, Gumprechtstr. 6

„Das war Arbeitermord!“



Der erschossene Manfred Rohs

NACH DEM MORD:

Beamte schlugen das Glas des Fenstersrahmens, durch den Manfred nur vorsichtig den Arm und dann den Kopf strecken konnte, heraus, damit es so aussieht, als habe Manfred sie frontal bedrohen können.

Manfreds Leiche wird vor den Augen der Angehörigen in einem Elasticsack die Treppe hinuntergeschleift. 4 Tage später erhalten seine Eltern die Rechnung für den „Abtransport“ über 69,50 DM.

Die Eltern werden zur Obduktion der Leiche nicht zugelassen.

Der Name des Polizeischützen wird systematisch geheimgehalten.

Außer der Übernahme der Polizeiberichte erscheint in der bürgerlichen Presse kein Wort.

Bestrafung der Mörder von Manfred Rohs!

Blicken wir ein Jahr zurück: In Dortmund wurde der Lehrling Erich Dobhardt von einem Polizisten erschossen. In Duisburg der Mannesmann-Arbeiter Günther Routhier von Polizisten erschlagen. In München der Taxifahrer Günter Jendrian von MEKs bei einer Fahndung erschossen. In Mannheim der Arbeiter Jürgen Remiszko. In Hamburg der türkische Arbeiter Neset Danis unter Polizeischutz von Faschisten erschlagen. Jetzt Manfred Rohs. Das sind 6 von Dutzenden von Fällen, in denen Polizisten "irren", "in Notwehr" oder "vermeintlicher Notwehr" handeln. Muße das Dortmund Landgericht unter dem Druck der Werktätigen noch den Polizeioberkommissar Diehl, der Erich Dobhardt erschossen hatte, zu einer Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt, so hat jetzt der Bundesgerichtshof dieses Urteil aufgehoben und Diehl freigesprochen. Die Polizeipräsidenten im ganzen Land frohlocken: Dieses Urteil bedeutet volle Rückendeckung für sie - für die Arbeiter und Werktätigen, daß die Bedrohung und der Terror durch den Polizeiapparat nun noch mehr zunehmen wird.

Die Polizei ist bis an die Zähne bewaffnet. Die SPD-Regierung hat hunderte Millionen für ihre militärische Ausrüstung ausgegeben. Sie hat den Bundesgrenzschutz zur Bürgerkriegsarmee umfunktioniert. Sie hat Mobile Einsatzkommandos aufgestellt - allein in NRW 1800 Mann stark - in denen Spezialeinheiten gedrillt werden, die täglich in harmloser Verkleidung durch die Städte streifen und darauf warten, mit ihren menschenverachtenden Methoden endlich mal losschlagen zu können.

Polizeihundertschaften gegen die tausende streikender Ford-Arbeiter 1973 in Köln, gegen die westberliner Bevölkerung, die für eine Kinderpoliklinik kämpft, gegen die Massenproteste zur Verhinderung eines Atomkraftwerks in Wylh. Wo die Arbeiter und Werktätigen für ihre Interessen kämpfen, wo Kommunisten und Sozialisten die Wahrheit über Ausbeutung und Unterdrückung im Imperialismus verbreiten und kämpfen, da tritt der Unterdrückungsapparat zum Schutz der herrschenden Klasse auf den Plan.

Wir kämpfen für die Bestrafung der Mörder von Manfred Rohs. Sicherheit für uns aber gibt es erst dann, wenn dieser ganze Polizei- und Staatsapparat zerschlagen ist. Der Sozialismus muß her! Die Arbeiterklasse muß an die Macht! Diesem Ziel dient unser Zusammenschluß in all den hundert einzelnen Kämpfen gegen brutale Unterdrückungsmaßnahmen!

Köln-Vingst: Am Sonntagabend (16. 3.) gegen 22 Uhr ruft eine Frau bei der Polizei an, weil ein Mann in der Passauerstr. 3 angeblich seine Wohnung demoliert. Kurz darauf kommt ein Streifenwagen der Polizei. Ohne sich weiter bei den anwohnenden Mietern zu erkundigen, laufen die Polizisten durchs Haus bis sie eine Tür mit zerbrochener Fensterscheibe sehen. Eine Nachbarin, die den Ablauf des brutalen Polizeieinsatzes genau beobachten konnte, berichtete uns:



RHZ-Interview mit der Augenzeugin Fr. Caspers

RH: Frau Caspers, wie kam es dazu, daß Sie in der Nacht vom 16. zum 17. März Augenzeugin des Mordes an Manfred Rohs wurden?

Frau Caspers: Meine älteste Tochter Petra war zu Nachbarn zum Fernsehen gegangen und sah auf dem Nachhauseweg, daß Manfred an der Eingangstür einer befreundeten Frau eine kleine Scheibe, die sich in der Mitte der Tür befindet, kaputt gemacht hatte. Petra rief mich deswegen. Kurz darauf wurde mir berichtet, die Polizei käme. Um zu sehen, was die Polizei macht, ging ich auf meinen Balkon. Von dort aus beobachtete ich, wie die Polizisten jede Wohnung nach der zerschlagenen Scheibe absuchten. "Als die Polizei die Tür mit dem zerschlagenen Fenster sah, ging sie zielstrebig darauf zu. Ich hörte, wie einer der beiden Polizisten sagte: "Hier sind wir richtig." Beide schauten in das zerbrochene Fenster rein und versuchten, die Tür zu öffnen. Die Tür war aber abgeschlossen. Dann stellten sie sich in ca. 2 m Entfernung neben der Tür auf. Einer

Nach den ersten reißerischen Schlagzeilen, die Manfred selbst die Schuld in die Schuhe schoben, schweigt die Kölner bürgerliche Presse.
Hauptschlagzeile "Express" am 18. 3.: Kölner bluffte die Polizei: Tot!"
"Stadtanzeiger": Polizist handelte in vermeintlicher Notwehr.

Strafanzzeige gegen Polizei-Todesschützen

exp Köln — Ein Polizei-Großaufgebot verhinderte eine Demonstration von KPD und „Rote Hilfe“. Die Demonstrationen wollten die Polizei des „Mordes“ an Manfred Rohs (25) anklagen, der vor einer Woche in Köln-Vingst von einem Beamten erschossen wurde. Die Demonstration war nicht genehmigt. Eine Münchener Anwältin hat im Auftrag des Vaters des Opfers Anzeige wegen „verstoßlicher Tötung“ erstattet.



Leitfaden für Killer

Wir drucken im folgenden Zitate aus den Büchern des Polizeispezialisten Hübner ("Combat-Schieß-Technik" und "Der erste Treffer zählt"), die von der Gewerkschaft der Polizei in der Zeitung "Deutsche Polizei" zum Sonderpreis für Polizisten empfohlen wird:

"Niemals den Lauf einer Waffe auf einen Menschen richten, wenn man ihn nicht erschließen will."

Hinweis auf Vorbilder:

"Der Killerinstinkt gewann die Feuergefechte."

"Viele Polizisten tragen ihre Selbsterhaltung als großes Vertrauen zu ihr und ihrer eigenen Schießkunst. Sie wissen oft nicht, wofür sie schießen und tödliche Konsequenzen, die Waffe in der Hand eines gelübten

zogen seine Pistole und richtete sie zielsicher auf die Tür. Ich hörte genau das Klacken, als er sie entscherte. Erst jetzt klopfte sie gegen das Fenster neben der Tür und riefen: "Aufmachen - Polizei!" Manfred beugte sich daraufhin aus dem Fenster. Ich konnte genau sehen wie alles abblief. Die Scheibe war nicht ganz rausgebrochen, nur ein Dreieck fehlte, so daß er nur erst den Arm herauslegte und dann den Oberkörper nachzog. Die Pistole konnte ich wegen dem Geländer vor der Tür nicht sehen. Manfred sagte: "Was wollt ihr denn schon?" Er konnte den Satz nicht mehr aussprechen. Der Polizist hatte ihn erschossen. Ich hörte wie der Körper von Manfred gegen die Tür schlug. Das war Arbeitermord! Konnten sie dem Jungen nicht die Pistole aus der Hand schlagen, als er den Arm hinauslehnte?"

RH: Sie haben danach die Zeitungen gelesen. Alle Zeitungen schrieben, es sei Notwehr gewesen. Was halten sie von diesen Berichten?

Frau Caspers: Gar nichts halte ich von diesen Berichten. Sie haben alle die Unwahrheit geschrieben.

RH: Was ist Ihrer Meinung nach der Grund dafür, daß die Zeitungen den Polizeibericht voll übernommen haben statt die Wahrheit zu schreiben?

Frau Caspers: Ich meine, die Zeitungen arbeiten mit der Polizei zusammen. Anders kann ich mir das nicht erklären.

RH: Nach dem Mord versammelten sich viele Polizisten am Tatort. Sie lachten und sagten den empörten Angehörigen: "Das könnt ihr ja ins Panorama bringen".

Frau Caspers: Das war eine ganz große Unverschämtheit. Zum Beispiel, daß die Angehörigen nicht zu dem toten Manfred gelassen wurden. Wie sie dem Manfred in dem Plastiksack abtransportiert haben, das war so, wie wenn man Vieh wegholt.

RH: Das Vorgehen der Polizei ist empörend und menschenverachtend. Haben Sie in der Siedlung schon öfter derartige Erfahrungen mit der Polizei gemacht?

Frau Caspers: Hier in unserer Siedlung wohnen genauso Leute wie anderswo. Sie haben nur nicht soviel Geld, um Luxus-

wohnungen bezahlen zu können. Das weiß die Polizei und damit hängt es auch zusammen, wenn die meinen, hier könnten sie sich sowas erlauben.

RH: In der Woche nach dem Mord wurde spontan unter den übrigen Hausbewohnern für einen Kranz gesammelt. Die ROTE HILFE und die KPD stellten zusammen mit der Kindern hier aus der Siedlung Wandzeitung her, die aufgehängt wurden. Eine von uns benachrichtigte Anwältin erstattet im Namen der Eltern von Manfred Strafanzeige gegen den Polizisten, dessen Namen bis jetzt noch geheimgehalten wird. Was geschah nun, nachdem beschlossen worden war, die Strafanzeige durch eine Demonstration zur Polizeistation in Köln-Kalk zu bringen?

Frau Caspers: An dem Morgen, als die Demonstration stattfinden sollte, kam die Polizei hier in die Siedlung mit Lautsprecherwagen. Sie riefen die Bewohner hier auf, nicht an der Demonstration teilzunehmen, weil es zu Sachbeschädigungen kommen werde, das sei gefährlich. Alle Eltern sollten ihre Kinder von der Straße holen. Die Demonstration sei vom Polizeipräsidenten verboten worden.

RH: Was für eine Konsequenz zogen sie nun andere Hausbewohner daraus?

Frau Caspers: Mir war das egal. Genauso ging es auch vielen anderen Hausbewohnern aber manche hatten auch Angst. Das liegt bestimmt auch daran, daß die Leute von "Grund und Boden" (denen gehört die Siedlung, Red.) kamen und Frau Rohs mit einer Kündigung drohten, wenn sie nicht die Demonstration verhinderte.

RH: Wenn nicht nur die Polizei, sondern auch "Grund und Boden" versuchen, die Bewohner hier einzuschüchtern, so macht dies nach unserer Ansicht sehr deutlich, daß alle nur die gleichen Interessen verfolgen, daß sie hier Ruhe haben wollen. Sie haben Angst.

Frau Caspers: Ja, und ein ganz schmutziges Gewissen!

RH: Was kann man Ihrer Ansicht nach dagegen tun, daß die Polizei weiterhin wehrlose Menschen ermordet?

Frau Caspers: Die Strafanzeige ist schon gut. Aber ich meine, die werden immer versuchen, sich rauszureden. Wenn alle hier zusammenhalten würden, dann könnte man was erreichen, aber leider halten hier nicht alle zusammen.

RH: Woran liegt das?

Frau Caspers: Ja, manche Leute hier verhalten sich nicht. Mich haben sie z. B. auf der Straße gefragt, warum ich berichte, was ich gesehen habe, wo ich mich doch vorher noch mit dem Manfred gestritten hätte. Aber ich muß doch sagen, was ich gesehen hab, auch wenn es sich um meinen Todfeind handelt hätte. Man kann doch die Wahrheit nicht verschweigen. Das kann doch nicht so weitergehen.

RH: Wir sehen es als unsere Aufgabe an, überall deutlich zu machen, daß dieser Mord an Manfred kein Einzelfall ist. Die zahllosen früheren Polizeimorde und die Aufrüstung der Polizei, die insbesondere von der SPD betrieben wird, zeigen uns die Systematik dieses Polizeiterrors.

Frau Caspers: Am Montag war ich ja auf der Veranstaltung von der KPD und der ROTEN HILFE. Nach allem, was ich da von anderen, ähnlichen Fällen gehört habe würde ich auch sagen, daß die Polizisten richtig darauf gedrillt werden. Die haben bestimmt Angst. Es gibt jetzt so viele Arbeitslose und wenn die sich mal wehren ...

RH: Frau Caspers, am 4. 5. sind hier in NRW Landtagswahlen. Hat der Mord an Manfred, haben die Ereignisse der letzten drei Tage Auswirkungen darauf, welche Partei Sie an dem Tag wählen?

Frau Caspers: Zuerst habe ich mir gedacht: jetzt wählst Du überhaupt nicht mehr, weil man doch nichts ändern kann. Aber das ist wohl auch nicht richtig. Jedenfalls: SPD werde ich nicht mehr wählen und für die CDU hatte ich noch nie was übrig. Am Donnerstag gehe ich wieder zum Wahlausschuß der KPD.